**Bezugspreis**
für Halle vierteljährlich bei zweimaliger Zustellung 2,50 Mk., durch die Post 3,25 Mk. ausschl. Zustellungsgebühr. Bestellungen werden von allen Reichspostanstalten angenommen. Im amtlichen Zeitungs-Verzeichnis unter „Saale-Zeitung" eingetragen.

Für unverlangt eingehende Manuskripte wird keine Gewähr übernommen. Nachdruck nur mit Quellenangabe „Saale-Ztg." gestattet

Fernsprecher der Schriftleitung Nr. 1140 der Anzeigen-Abteilung Nr 176; der Abonnements-Abteilung Nr 1133

**Morgen-Ausgabe.**

# Saale-Zeitung.

Achtundvierzigster Jahrgang.

**Anzeigen**
werden die 6 gespaltene Kolonelzeile oder deren Raum mit 30 Pfg berechnet und in unseren Annahmestellen und allen Anzeigen-Geschäften angenommen. Reklamen die Zeile 1 Mk. Schluß der Inseratenannahme: vorm. 11 Uhr, in der Sonntagsnummer abends 6 Uhr.

Erscheint täglich zweimal
Sonntags und Montags einmal

Schriftleitung und Haupt-Geschäftsstelle: Halle, Gr Brauhausstraße 17; Nebengeschäftsstelle: Markt 2.

**Nr. 95.** **Halle, Donnerstag, den 26. Februar** **1914.**

## Ueber die nächsten Reformen auf dem Gebiete des Strafprozesses und der Gerichtsverfassung.

Den Ausführungen des Reichstagsabgeordneten Dr. Müller-Meiningen, die wir in der Sonnabendabendnummer brachten, pflichtet Oberverwaltungsgerichtsrat Schiffer, der Landtagsabgeordnete für Magdeburg, in der von der „Deutschen Juristen-Zeitung" über das obige Thema veranstalteten Umfrage vollständig bei. Er bemerkt hierzu:

Herr Dr. Müller-Meiningen vertritt in seinem Aufsatz den Standpunkt, daß man mindestens auf dem Gebiete des Strafprozesses und der Gerichtsverfassung nicht auf eine Gesamtrevision warten könne, sondern mit Notgesetzen vorgehen müsse. Wie ich hierzu stehe, ergibt sich aus dem im Reichstag bereits am 1. Dezember 1913 eingebrachten Antrage Bassermann-Schiffer, der in seinem ersten Teile den Reichskanzler ersucht:

Das Reichsrecht daraufhin einer Durchsicht und Prüfung zu unterziehen, ob nicht, vorbehaltlich und vor umfassender Neugestaltung größerer Rechtsgebiete, Verbesserungen einzelner Teile und Bestimmungen, die von besonderer Dringlichkeit sind, vorzunehmen sind.

Ich pflichte also dem Grundgedanken des Herrn Dr. Müller-Meiningen nicht nur bei, sondern wünsche sogar, ihn für das ganze Gebiet des Reichsrechts durchzuführen und zu verwirklichen. In der Tat kann ich mir durchschlagende Gründe für eine Beschränkung auf das Strafverfahren und die Gerichtsverfassung nicht vorstellen. Denn die Tatsachen, die für diese Teile unseres Rechts den Vorschlag des Herrn Dr. Müller rechtfertigen, gelten auch für alle anderen Teile. Das Reichsjustizamt ist ja auch selbst der Meinung, daß für eine Gesamtrevision des Strafgesetzbuches und der alsdann in Angriff zu nehmenden Strafprozeßordnung mehr als ein Jahrzehnt in Frage kommt, während eine Neugestaltung des Zivilprozeßverfahrens und anderer Rechtsgebiete gar erst in nebelhafter Ferne liegt. Man ist deshalb vor die peinliche Wahl gestellt, ob man geduldig ausharren will, um — wer weiß wann — gekrönt zu werden, oder ob man die Nachteile in Kauf nehmen will, die mit einer Novellengesetzgebung an sich unleugbar verknüpft sind. Nun würde ich, wenn es nur auf mich oder überhaupt die Zunft der Juristen ankäme, mich allenfalls mit dem bestehenden Zustande noch eine geraume Weile abfinden können. Aber es handelt sich in erster Reihe nicht um uns, sondern um das Volk, das durch diesen bestehenden Zustand in vielen seiner wichtigsten, materiellen und ideellen, wirtschaftlichen und moralischen Interessen aufs schwerste beeinträchtigt wird. Das Volk muß es ausbaden, wenn Jahr um Jahr vergeht, ohne daß allgemein anerkannten und beklagten Mängeln unserer Rechtspflege abgeholfen wird; wie auf der anderen Seite freilich das Recht und seine Vertreter und Verkünder unter der Mißstimmung zu leiden haben, die aus dieser Verzögerung des Heilungsprozesses bereits entstanden ist, sich täglich neu bildet und noch immer mehr wächst. Es ist höchste Zeit, den praktischen Bedürfnissen der Zeit und des Lebens, soweit als irgend möglich, in unserem Rechte Rechnung zu tragen und dadurch die Brücke zwischen Recht und Volk wiederherzustellen, die jetzt vielfach abgebrochen zu sein scheint. Aus dieser Erwägung heraus glaube ich mich über die von mir in keinem Augenblick verkannten Bedenken hinwegsetzen zu können und zu müssen, die gegen eine Novellengesetzgebung sprechen.

Bei gutem Willen würde man sicherlich sehr rasch zu einer Verständigung über diejenigen Aufgaben gelangen, die in Angriff zu nehmen wären. Die sog. kleine Strafgesetznovelle, die zu dem Gesetz vom 19. Juni 1912 geführt hat, ist ein Musterbeispiel dafür, wie man eine solche Sache anfängt und leicht und rasch zu glücklichem Ende bringt. Das ist ebenso geräuschlose wie erfolg- und segensreiche Arbeit gewesen. Sie zu leisten, bieten andere Teile unseres Rechts noch überall Gelegenheit. Vielleicht würde es sich empfehlen, unverzüglich eine Kommission einzuberufen, die nicht aus theoretischen und konstruktiven Gesichtspunkten, als vielmehr aus der Not des Lebens heraus die Stellen auszuwählen hätte, wo einzusetzen wäre, und in zeitlich von vornherein tunlichst begrenztem Rahmen ihr Werk zu vollbringen. Dann aber könnte und sollte allerdings mit Einzelverbesserungen Schluß gemacht, vielmehr im übrigen die Gesamtrevision in Ruhe abgewartet werden.

## Deutscher Kolonialtabak.

Die ersten Versuche mit dem Anbau von Tabak in unseren Schutzgebieten waren nicht gerade ermutigend ausgefallen, so daß die Kultur in Deutsch-Ostafrika und in der deutschen Südsee heute gänzlich aufgegeben ist. Seit einigen Jahren ist sie aber mit dem besten Erfolg in Kamerun wieder aufgenommen worden, angespornt durch die von Herrn E. A. Oldemeyer geleisteten Preise. Im Jahre 1910 hat diese Kolonie 2700 Kg. Tabak im Werte von 4150 Mk., 1911 bereits das Doppelte im Werte von annähernd 25 000 Mk. ausgeführt, und im Jahre 1912 ist erneut eine Verdoppelung des Exportseingetreten. So hat auch in Holländisch-Sumatra die Entwicklung klein angefangen, und aus den 50 Ballen im Werte von 7000 Mk. im Jahre 1864 sind bis 1912 über eine Viertelmillion Ballen im Werte von weit über hundert Millionen Mark geworden.

Vor einigen Tagen sind in Bremen wiederum 860 Pack Tabak zu je 1½ Zentner, also über 1200 Zentner, aus Kamerun zur Versteigerung gelangt, wobei Preise von durchschnittlich 1,80 bis 2,05 Mk. erzielt wurden. Bei dieser Tabakversteigerung am 24. Januar waren außer zahlreichen deutschen Tabakinteressenten zum erstenmal zwölf holländische erschienen, ein Beweis, daß die Beherrscher der Märkte von Amsterdam und Rotterdam auf die junge Kameruner Tabakerzeugung, die vor allem hervorragende Deckblätter liefert, aufmerksam geworden sind.

Wie wir hören, ist eine neue Tabaksendung unterwegs, die noch in diesem Monat in Bremen eintreffen wird.

## Deutsches Reich.

**Die Wirkungen der Wünschelrute: Generalpardon.**

Nach einem Privattelegramm unseres B.-Korrespondenten sind infolge des Generalpardons bei der Einschätzung zum Wehrbeitrag in der Provinz Brandenburg an Kapitalvermögen bisher **480 Millionen Mark mehr als früher deklariert worden. Hiervon entfallen auf den Regierungsbezirk Potsdam allein über 170 Millionen Mark.**

P. **Erhöhte Truppenbestände.** Infolge der russischen Zurückbehaltungen von Reservisten ist von der deutschen Kriegsverwaltung eine Erhöhung der Truppenbestände während der Frühjahrsmonate durch Einziehung von Reservisten zu Waffenübungen allgemein angeordnet.

J. **Kreisdirektor Mahl.** Dem Kreisdirektor Mahl von Zabern ist, wie uns ein Privattelegramm berichtet, am 21. Februar von dem reichsländischen Ministerium bekannt gegeben worden, daß das auf seinen Antrag am 28. Dezember eingeleitete Disziplinarverfahren wegen des behaupteten Versagens der Zivilbehörde im Falle Forstner gegen ihn keinerlei Beweise für eine fahrlässige oder wissentliche Unterlassung von Amtshandlungen ergeben habe.

p. **Disziplinarverfahren gegen die Myslowitzer Polizei.** Im Anschluß an den großen oberschlesischen Mädchenhändlerprozeß sind vom Regierungspräsidenten in Oppeln gegen einer Polizeirat und fünf Polizeibeamte der Polizei in Myslowitz Disziplinarverfahren eingeleitet auf Entfernung vom Amte. Die Gerichtsverhandlungen gegen den zu neun Jahren Zuchthaus verurteilten internationalen Mädchenhändler Lubelski haben die Mitschuld einer Anzahl Polizeibeamten an dem Bestehungssystem, das den Mädchenhandel im Grenzgebiet ermöglicht hatte, festgestellt.

**Die Ungebührstrafen.** Die Petitionskommission des Reichstages hat eine Petition wegen Aenderung des Gerichtsverfassungsgesetzes dahingehend, daß die Bestimmungen über die Verhängung von Ungebührstrafen abgeändert werden, verworfen. In der Petition wird darauf hingewiesen, daß der Begriff „Ungebühr" sehr dehnbar sei, da der Richter nach der gesellschaftlichen Stellung und des Bildungsganges des Angeklagten resp. des Zeugen zu beurteilen habe, ob eine „Ungebühr" vorliege. In der Kommission wurde die Meinung vertreten, daß auf den in dem Gerichtsverfassungsgesetz geschaffenen Begriff der Ungebühr nicht verzichtet werden könne, daß auch eine Abschaffung der dort festgelegten Strafbestimmungen nicht möglich sei. Der Begriff der Ungebühr werde allerdings durch die herrschenden Anschauungen über sein Wesen bestimmt. Hierin liege aber gerade das Vorteilhafte, daß der Begriff nach den verschiedenen Zeitanschauungen beweglich sei. Die Tatsache, daß eine unrichtige Anwendung des Gesetzes vorgekommen sei, könne nicht dahin führen, deshalb die ganzen Bestimmungen aufzuheben.

**Die erste Lesung der Beamtenbesoldungsnovelle ist,** wie wir hören, im Abgeordnetenhause vorläufig auf unbestimmte Zeit verschoben worden. Sie sollte ursprünglich am Montag, 2. März, stattfinden. Wie wir aus Abgeordnetenkreisen hören, haben in den letzten Tagen zwischen dem Finanzminister und Vertretern der Fraktionen Besprechungen darüber stattgefunden, ob die preußische Regierung gewillt sei, die vorgelegte Besoldungsnovelle nach verschiedenen Richtungen hin zu erweitern. In diesen Besprechungen wurde es als zweckmäßig bezeichnet, daß vor der ersten Lesung der Novelle zwischen der Regierung und den Parteien eine Verständigung erfolge, bis zu welchen Grenzen den Wünschen der Beamten auf bessere Besoldung im jetzigen Stadium entgegengekommen werden könne. Es besteht bei den Fraktionen die Absicht, über den Rahmen der Novelle hinaus für bestimmte Beamtenklassen Gehaltserhöhungen zu beantragen.

**Die Privatdozentenfrage in der Budgetkommission.** In der Budgetkommission des Abgeordnetenhauses erklärte der Unterrichtsminister, bei der Umwandlung der Extraordinarien in Ordinariate solle in Zukunft mehr als bisher ein angemessenes Tempo eingeschlagen werden. Den Wünschen der Privatdozenten sollte tunlichst Rechnung getragen werden. Das Drängen der mit Lehraufträgen für wenig besuchte Fächer bedachten Privatdozenten, die Lehraufträge in Extraordinariate umgewandelt zu sehen, könnte aber nur dazu führen, daß die Unterrichtsverwaltung mit derartigen Lehraufträgen künftighin sparsamer sei. Zu der Neubesetzung des Lehrstuhles von Erich Schmidt erklärte der Minister, daß er vorläufig ein Provisorium geschaffen habe und daß der Lehrstuhl neu besetzt würde, sobald ein dazu prädestinierter Gelehrter gefunden sei.

**Die Entziehung der Einjährigenberechtigung.** Dem Berichterstatter der sozialistischen „Rheinischen Zeitung" Walter Stöcker war bekanntlich vom Generalkommando des 8. Armeekorps und Oberpräsidenten der Rheinprovinz die Berechtigung zum einjährig-freiwilligen Dienst wegen agitatorischer Betätigung für die sozialistische Partei entzogen worden. Auf die hiergegen erhobene Beschwerde lief, wie ein Privattelegramm aus Köln meldet, vom Kriegsminister und Minister des Innern folgender abschlägiger Bescheid ein: „Wir sind nicht in der Lage, die Entscheidung der Ersatzbehörde dritter Instanz in Koblenz, durch die Ihnen die Berechtigung zum einjährig-freiwilligen Dienst entzogen wurde, abzuändern, weil die Art Ihrer agitatorischen Betätigung in staatsfeindlichem Sinne die für den einjährigfreiwilligen Dienst nötige moralische Qualifikation Ihnen zuzusprechen, nicht gestattet."

**Das Schulgesetz in Lippe-Detmold.** In Lippe-Detmold ist dieser Tage ein neues Schulgesetz endgültig verabschiedet worden. Am 1. April erlangt dieses Kulturwerk Gesetzeskraft. Das Fürstentum wird mit diesem Gesetz auf dem Gebiete der Volksschulbildung eine höhere Stufe erreichen, die es besonders mit Rücksicht auf seine in der Mehrheit liberalen Landesbewohner und auf den allgemeinen Kulturstand einzunehmen berechtigt ist. Die konservative Parteiherrschaft, die bis zum Einsetzen der neueren liberalen Aera vorhanden war, trug die Schuld, daß Lippe-Detmold bisher im Volksschulwesen noch auf einer tieferen Stufe stand. Es gab nicht nur bisher statt der sonst wohl in ganz Deutschland vorhandenen achtjährigen Schulpflicht die siebenjährige Schuldauer, sondern neben dieser betrug die auf einen Lehrer entfallende Maximalschülerzahl nicht weniger als 120! In dem neuen Schulgesetz wird zunächst eine scharfe Trennung von der Kirche und der kirchlichen Aufsicht ausgesprochen. An die Stelle des Konsistoriums tritt die Regierung als Oberschulbehörde. Die geistige Ortsschulaufsicht wird ersetzt durch die Aufsicht von Kreisschulinspektoren. Die Maximalschülerzahl von 120 wird auf 100 resp. auf 90 herabgesetzt. Die Prügelstrafe erfährt durch die Beschränkung des Stoffes auf Ausnahmefälle und Roheitsdelikte unter gleichzeitiger Einführung eines Strafregisters eine pädagogisch erfreuliche Regelung. Außerdem ist die Schulpflicht auf 8 Jahre verlängert worden. Neu eingeführt wurde der Zeichenunterricht. Verwaltungsrechtlich und steuerlich haben die Bestimmungen des alten Volksschulgesetzes eine Ersetzung durch moderne, liberale und soziale Reformen erfahren. Die infolge der Wahl des Abg. Stärcke wieder festgegründete einheitliche Landtagslinke hat sich in besonderem Maße um das Zustandekommen des Gesetzes verdient gemacht. — Natürlich im Gegensatz zu den Konservativen, die grollend beiseite standen!

## Hof- und Personalnachrichten.

**Pod's 70. Geburtstag.** Der General und Staatsminister a. D. Viktor v. Podbielski begeht heute seinen 70. Geburtstag. — In so scharfem Gegensatz wir politisch zu dem alten Haudegen stehen, als Mensch ist er sympathisch durch seine Gradheit und — wenn er fern von politischem Einfluß bleibt — dann kann man ihm nur wünschen, daß ihm „procul negotiis" nach manches Jahr beschieden sei. Freilich auch nach dem Ausscheiden aus seinen Staatsämtern ist sein Einfluß auch heute noch nicht zu unterschätzen.

## Ausland.

**Von einer Abtretung der Neuen Hebriden** an Frankreich kann, wie der englische Staatssekretär Grey amtlich erklärte, keine Rede sein.

**Keine britische Intervention in Mexiko.** Die Erschießung des Engländers Benton in Mexiko hat eine Anfrage Mitchell Thompsons im englischen Unterhause angeregt, bei deren Beantwortung Parlamentsuntersekretär Acland ausführte: Die britische Regierung steht mit den Regierungen der Vereinigten Staaten und Mexikos in reger Verbindung, betreffend den Schutz von Leben und Eigentum britischer Untertanen in Mexiko. Die Fortsetzung der Kämpfe in Mexiko fügte natürlich den britischen Handelsinteressen sehr großen Schaden zu und ist Ursache sehr schwerer Beunruhigung. Die Pazifizierung Mexikos ist eine Sache, deren Vollendung wir ernsthaft wünschen, doch ist es unmöglich, dies durch eine britische Intervention herbeizuführen. Wir beabsichtigen nicht, irgend einen Versuch dieser Art zu machen, der ebenso wertlos als unpolitisch wäre: Acland sagte zu, Dokumente auf den Tisch des Hauses niederzulegen, doch betreffen einige, wie er hinzufügte, die Politik und die Ansichten der Vereinigten Staaten bezüglich Mexikos und seien vertraulicher Natur; er könne diese Dokumente nicht ohne die Zustimmung der Regierung der Vereinigten Staaten veröffentlichen. Parlamentsuntersekretär Acland schloß: Man muß bedenken, daß es nicht wünschenswert sein würde, im gegenwärtigen Augenblick etwas zu veröffentlichen, was die Gefährdung des in Händen der streitenden Parteien Mexikos befindlichen britischen Eigentums vermehren könnte

**Die Debrecziner Bombe — russisches Fabrikat?** Der mit der Untersuchung des Bombenattentats betraute Staatsanwalt erklärt, die bisherigen Ermittelungen hätten Anhaltspunkte für die Annahme ergeben, daß das Attentat in die russische Politik hineinspiele. Die Bombe sei wahrscheinlich ein russisches Fabrikat. Es sei aber nicht ausgeschlossen, daß die ungarischen Rumänen vielleicht mit dem Absender der Bombe in Verbindung stehen. Die Untersuchung wird daher nach beiden Richtungen hin geführt.

**Bentons Leiche.** Der amerikanische Konsul in Chihuahua meldet, General Villa weigert sich jetzt, die Leiche Bentons auszuliefern. Er will aber der Witwe oder Verwandten Bentons mit amerikanischen Vertretern gestatten, den Friedhof mitternachts zu besuchen. Die Leiche wird ausgegraben und nachher wieder bestattet werden.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-19140226014/fragment/page=0001

# Mb. Deutscher Reichstag.

221. Sitzung, Mittwoch, den 25. Februar.

Am Tische des Bundesrats: Wackerzapp.

Vizepräsident Dr. Paasche eröffnet die Sitzung um 2 Uhr 15 Min.

Eingegangen ist das Gesetz über den Kleinwohnungsbau.

## Das Reichsarchiv.

Zunächst steht auf der Tagesordnung eine zurückgestellte Position aus dem Etat des Reichsamts des Innern, die 145 800 Mk. als erste Rate für ein in Verbindung mit dem preußischen Archiv zu errichtendes Reichsarchiv fordert.

Die Kommission hat diese Forderung abgelehnt, weil sie diese Verbindung eines Reichsarchivs mit dem preußischen Archiv nicht wünschte. Das Reich könnte leicht in Abhängigkeit von Preußen geraten. Dagegen wurde der Wunsch nach einem selbständigen Reichsarchiv geäußert.

Die Forderung wurde ohne Aussprache abgelehnt.

Es folgen Petitionen zum Reichsamt des Innern.

Eine Petition der Richard-Wagner-Stipendien-Stiftung in München fordert aus Anlaß des 100. Geburtstags Wagners für sich einmal den Betrag von 500 000 Mk. oder in jedem Bayreuther Bühnenfestspieljahr die Zinsen dieses Betrages aus Reichsmitteln.

Ueber die Petition wird ohne Aussprache zur Tagesordnung übergegangen.

Eine Petition, die die Bereitstellung größerer Mittel für den Ankauf von Radium und Mesothorium zur Abgabe an öffentliche Krankenhäuser fordert, wird als Material überwiesen.

Die Petitionen des Arbeitsausschusses der Ausstellung „Das deutsche Handwerk" in Dresden und des Deutschen Handwerks- und Gewerbekammertages in Hannover um Gewährung einer Beihilfe zu dieser Ausstellung werden nach den Regierungserklärungen in der Kommission für erledigt erklärt.

## Der Etat für das Reichs-Eisenbahnamt.

Abg. Prinz zu Schönaich-Carolath (Natl.):

fordert eine Besserstellung der Werkführer bei den Reichseisenbahnen.

Abg. Hasenzahl (Soz.):

In der Frage der Vereinheitlichung der deutschen Eisenbahnen geht das Reichseisenbahnamt von falschen Voraussetzungen aus. Es soll sich doch nicht noch weniger Bedeutung beimessen, als es wirklich besitzt. Die alte Weisheit, daß die gerade Linie die kürzeste Verbindung zwischen zwei Punkten ist, gilt für das Reichseisenbahnamt nicht. Preußen wird bei jeder Gelegenheit begünstigt. Seine Ansprüche nehmen in den Schriften des Geheimrates Stegemann ungeheuerliche Formen an. Auch die süddeutschen Staaten begünstigen ihre Interessen eher als die des Reiches. Um diesem Durcheinander ein Ende zu machen, muß das Reich die Eisenbahnen übernehmen. Jedenfalls hat das Reichseisenbahnamt für eine einheitliche Verwaltung zu sorgen. Es muß auch die Revision der Betriebssicherung hinsichtlich des Wagenmaterials, der Signale usw. in die Hand nehmen, ebenso wie hinsichtlich der Arbeitszeit, die vielfach über 11 Stunden dauert. Auch ist uns wohl bekannt, daß noch immer bei den Eisenbahnen Gesinnungsschnüffelei herrscht und daß es verboten ist, dem Hamburger Verband beizutreten oder seinen Versammlungen beizuwohnen.

Abg. Schwabach (Natl.):

Ueber das Reichseisenbahnamt darf man nicht so absprechend urteilen, wie es der Vorredner getan hat. Selbst der verstorbene Abg. Singer, der gewiß keine Vorliebe für irgendein Reichsamt haben konnte, sagte einmal in der Budgetkommission, daß das Reichseisenbahnamt, wenn es nicht existierte, unbedingt geschaffen werden müsse. Wenn es nicht die Wirksamkeit entwickelt, die man von ihm erwartet hat, so liegt das daran, daß die Entwicklung einen ganz andern Weg genommen hat, als man ursprünglich annahm. Aehnlich wie es Bismarck gegangen ist, der die Bedeutung des Reichskanzleramts zuerst ganz anders und viel geringer einschätzte. Wir sollten froh sein, eine derartige vollständig unabhängige Behörde zu haben, die allein auf das Wohl des Reiches Rücksicht zu nehmen braucht. Auch die Leistungen des Reichseisenbahnamtes, z. B. auf militärischem Gebiet, sind nicht so unerheblich. Nur Mangel an Sachkunde kann eine solche, durch nichts berechtigte Kritik möglich gemacht haben. Im Interesse des Reichstages wäre es zu wünschen, wenn eine solche durchaus unberechtigte Kritik seiner Mitglieder, die ja als sachkundig gelten sollen, hier nicht laut würde.

Gewiß ist es eine schwere Aufgabe, die Wünsche des Personals hinsichtlich der Ruhezeit usw. einheitlich zu regeln. Wir werden aber nicht nachlassen, unsere Wünsche in dieser Richtung immer wieder vorzutragen. Wir rechnen dabei auf weiteres Entgegenkommen der Regierung. Erfreulich ist, daß jetzt möglichst einheitliche Fahrpläne hergestellt werden. Hinsichtlich der Eisenbahnschlafwagen besteht noch eine Lücke in der Gesetzgebung, die ausgefüllt werden muß. Auch für den internationalen Eisenbahnverkehr sind einheitliche Rechtsgrundsätze sehr erwünscht, die etwa durch eine internationale Verkehrsordnung geschaffen werden könnten. Dasselbe gilt für eine einheitliche mitteleuropäische Eisenbahnzeit. Nach Möglichkeit sollte das Reichseisenbahnamt die Wünsche des Handelstages berücksichtigen. Die Vereinheitlichung des deutschen Eisenbahnwesens halten wir für eine der wichtigsten Forderungen. Wir begrüßen deshalb auch den Staatsbahnwagenverband und wir würden über seine Ergebnisse gern Näheres erfahren. Wenn er auch auf einzelstaatlicher Grundlage aufgebaut ist, so hat der Reichstag doch das Recht, sie kennen zu lernen. In der Frage der Vereinheitlichung muß Preußen vorangehen. In Sachsen klagt man, daß Preußen seine wirtschaftliche Uebermacht ausnützt, um die sächsischen Interessen an die Wand zu drücken. Solchen Klagen muß entgegengetreten werden, sie dürfen keinen vollen Glauben finden. Die beteiligten Verwaltungen müssen sich Vertrauen entgegenbringen. Und dafür zu sorgen, ist eine der Hauptaufgaben des Reichseisenbahnamts. (Beifall.)

Abg. v. Buchn (Kons.):

Neuerdings ist die Eisenbahnverwaltung dazu übergegangen, für die Viehtransporte Viehfütterungsstationen einzurichten. Das ist an sich gewiß zu begrüßen, denn bisher kostete der von der Eisenbahnverwaltung geforderte Begleiter des Viehtransporte die Versandfirmen jährlich etwa 5000 bis 6000 Mk. Aber die Kosten, die die Verwaltung für die Fütterung berechnet, sind sehr hoch. Für einen Waggon Schweine, die in Halle gefüttert worden waren, wurden einem ostpreußischen Versender 60 Mk. berechnet. Dazu kamen die Schweine in Mannheim noch in einem recht mangelhaften Zustande an, ein Schwein war gestorben usw. Die Gesamtunkosten und Verluste betrugen pro Waggon etwa 300 bis 500 Mk. Da muß naturgemäß das ganze Geschäft aufhören. Die Beförderungen sind vor allem die kleinen Landwirte, die die Schweine an die Händler liefern. Vom Standpunkt des Tierschutzvereins sind die Maßnahmen der Eisenbahnverwaltung gewiß zu begrüßen, aber man darf darüber nicht die Bedürfnisse des Viehhandels vergessen.

Abg. Dr. Haas (Vp.):

Das Reichseisenbahnamt hat auf verschiedenen Gebieten wertvolle Arbeit geleistet. Leider hat es aber nicht vermocht, auf die Gegensätze zwischen den deutschen Eisenbahnen mildernd einzuwirken. Die Konkurrenzkämpfe werden zwar nicht mehr in den früher schroffen Formen geführt, aber gut sind die Verhältnisse immer noch nicht, trotz der beruhigenden Erklärungen, die immer wieder von den einzelstaatlichen Verwaltungen von Zeit zu Zeit abgegeben werden. Für die süddeutschen Eisenbahnen wird die Personalunion zwischen dem preußischen Eisenbahnminister und dem Chef der Staatseisenbahnen häufig verhängnisvoll; das zeigt die Linienführung einiger Schnellzüge. Warum unterstehen die Staatseisenbahnen nicht dem Reichseisenbahnamt? Wie stellt sich der preußische Eisenbahnminister bei Konflikten der Interessen Elsaß-Lothringens mit denen Preußens? Sollten da nicht häufig die preußischen Interessen den Ausschlag geben? Das Reichseisenbahnamt sollte der Tarifgestaltung mehr als bisher seine Aufmerksamkeit schenken. Durch die Vorzugstarife für die Seehäfen werden die Interessen der Rheinschiffahrt schwer geschädigt.

Die Eisenbahnverwaltung steht immer noch auf dem Standpunkt, daß der Wagenpark nicht auf den Höchstbedarf, sondern auf den Normalbedarf eingestellt sein muß. Dies ist mit dem Eisenbahnmonopol nicht vereinbar. Die Verwaltung darf nicht sagen: Erst die Rente, dann das Verkehrsbedürfnis. Eine reichsgesetzliche Regelung der Dienstruhezeiten ist unbedingt geboten. Die jetzigen Ruhezeiten sind durchaus nicht ausreichend. Auch die Lohnverhältnisse sind nicht so, wie man wünschen muß; während sonst überall ein Ueberwuchs von Arbeitskräften besteht, hat unsere Eisenbahnverwaltung vielfach Mangel an Personal, namentlich bei den Lokomotivführern. Es dürfte endlich an der Zeit sein, bei uns automatische Sicherungen einzuführen. Gewiß haben wir ja in Deutschland eine besonders günstige Unfallstatistik; aber man brauche mit der Einführung der automatischen Bremse doch nicht bis zu dem nächsten entsetzlichen Eisenbahnunglück warten. Bei der Vergebung der Lieferungen dürfen die Verwaltungen nicht so sehr vom partikularistischen Geist erfüllt sein. Finanziell halte ich eine Reichseisenbahngemeinschaft durchaus für möglich; auch die Bedenken hinsichtlich der Aufrechterhaltung der Disziplin sind unberechtigt; denn der Reichstag würde eher bereit sein, ein gutes Beamtenrecht zu schaffen. Ich habe niemals den kühnen Gedanken gehabt, — Herr v. Zedlitz wirft mir das in einem Artikel im Tag vor — auf dem Umwege über die Reichseisenbahnen dem preußischen Staate und dem preußischen Landtag das Rückgrat zu brechen. Wir wissen ganz genau: solange das jetzige Wahlrecht im preußischen Landtag besteht, sind unsere Erörterungen über die Reichseisenbahnen nur theoretischer Natur. Erst, wenn wir ein einheitliches deutsches Eisenbahnsystem haben, werden wir eine wirkliche großzügige Eisenbahnpolitik in Deutschland treiben können.

Präsident des Reichseisenbahnamtes Wackerzapp:

Die nächste Konferenz über die Umarbeitung der verschiedenen internationalen Uebereinkommen wird 1915 stattfinden, die deutschen Anträge dafür sind bereits vorbereitet. Ueber die Haftung der Eisenbahnen über die Transporte ist ein Gesetzentwurf in Bearbeitung. Die Eisenbahngüterordnung, die am 1. April vorigen Jahres in Kraft getreten ist, hat sich gut bewährt. Es ist gewünscht worden, daß in die monatlich zu veröffentlichenden Einnahmen der Eisenbahnen auch die Zahlen für die bayerischen Bahnen aufgenommen werden möchten. Das war bislang nicht der Fall. Durch das dankenswerte Entgegenkommen der bayerischen Regierung, die das erforderliche Material zur Verfügung stellt, haben wir diese Neuerung bereits seit dem 1. Januar einführen können. Ueber die Beförderung von Gepäck ohne Lösung einer Fahrkarte und die Verbilligung der Expreßgutfrachten werden Neuerungen vorbereitet. Hierbei ist jedoch zu bemerken, daß die bisher in Deutschland erhobenen Beförderungssätze niedriger gewesen sind als in den meisten anderen Ländern.

Die Bewegung zur Umänderung der Zeiteinteilung ist ja schon alt. Die Einführung der Vierundzwanzigstundenuhr würde gewiß eine Vereinfachung bedeuten. Auf der anderen Seite würde allerdings die Gefahr vorliegen, daß sich die Ziffern vermehren und die Uebersichtlichkeit der Fahrpläne gemindert wird. Würde sich außerdem ein Staat ausschließen, so wären die Vorteile ziemlich illusorisch. Deshalb wollen wir in dieser Frage eine abwartende Stellung einnehmen. Die Einführung einer selbsttätigen Kuppelung kann nur international geregelt werden, da Hunderttausende von Wagen über die Grenzen gehen. Deshalb muß abgewartet werden, bis ein System allgemeine Anerkennung gefunden hat und international eingeführt werden kann. Die Frage einer einheitlichen Bremse rückt ihrer Erledigung näher. Es werden jetzt Versuche mit einer Vakuum- und Luftdruckbremse gemacht, um festzustellen, welches System sich zur allgemeinen Einführung eignet. In nicht allzu langer Zeit hoffen wir zu einem Ergebnis zu kommen.

Die Bestimmungen über die Fütterung der Mastschweine beim Eisenbahntransport sind feinerzeit von Sachverständigen aus der Landwirtschaft, dem Handel und der tierärztlichen Wissenschaft festgestellt worden. Da jetzt Klagen hierüber laut werden, wollen wir sie abermals von sachverständiger Seite nachprüfen lassen. Die Betriebssicherheit auf den deutschen Bahnen ist günstiger als auf sämtlichen ausländischen Bahnen mit ähnlichen Verhältnissen. Die Unfallziffer ist dauernd gesunken. Eine reichsgesetzliche Regelung der Dienstruhezeiten halte ich nicht für notwendig. Wenn Dienstzeiten von längerer Dauer, von zwölf Stunden und darüber angesetzt werden, so handelt es sich nur um geringere Dienstleistungen; so ist nachgerechnet worden, daß bei einem Bahnwärter, über dessen lange Dienstzeit geklagt wurde, tatsächlich nur 6½ Stunden wirkliche Arbeitszeit herauskam. Die Gesamtergebnisse der Neuregelung der Ruhezeiten liegen noch nicht vor. Bei den preußischen und den Reichseisenbahnen hat sich die Durchschnittszeit um eine halbe Stunde verringert. Meine Stellungnahme zur Vereinheitlichung des Eisenbahnwesens im ganzen Deutschen Reich habe ich schon vor zwei Jahren und auch im Vorjahre hier dargelegt, eine Aenderung in meinen Anschauungen ist nicht eingetreten.

Insbesondere ist mir nicht bekannt geworden, daß die Einzelstaaten mehr als früher geneigt wären, ihre Selbständigkeiten auf dem Gebiete der Eisenbahnangelegenheiten beschränken zu lassen. Um so mehr wird anzustreben sein, wie das auch die Absicht der Bundesstaaten ist, daß in den Fällen, in denen sich aus dem Nebeneinanderbestehen selbständiger Verwaltungen Mißstände ergeben, diese von Fall zu Fall zu beseitigen. Diesem Zweck dienen auch die Regierungskonferenzen. So hat sich eine Konferenz im November vorigen Jahres mit einer Revision der Vereinbarungen von 1907 über den Güterverkehr beschäftigt. Die Verteilung der Güterwagen wird jetzt so gehandhabt, daß nicht nur das Personal vermindert werden konnte, sondern auch für den Verkehr Vorteile erreicht worden sind und die Zahl der Güterwaren für die Hauptindustriebezirke gleichmäßiger beschafft wird. Allerdings beschränkt sich ja der Staatsbahnwagenverband bisher nur auf Güterwagen. Ob da eine Aenderung eintreten soll, ist eine Zweifelsfrage. Die Linienführung darf nicht in der Weise beurteilt werden, daß man eine einzelne Zugverbindung herausgreift, sie unter die Lupe nimmt und dabei ängstlich prüft, ob der eine oder andere Staat dabei schlechter fährt. Es kann sich nur darum handeln, wie im großen und ganzen der Verkehr geleitet wird.

Ein Eisenbahnkrieg zwischen Sachsen und Preußen besteht nicht. Das hat der sächsische Minister am 20. November v. J. ausdrücklich erklärt. Er hat ausgeführt, daß der sächsische Güterverkehr mit Preußen wesentlich gestiegen sei. Wenn man den Rückgang im Braunkohlenexport ausscheidet, der im wesentlichen auf die starke Entwicklung der preußischen Braunkohlengruben zurückzuführen ist, so ist eine Steigerung von beinahe 200 Proz. zu verzeichnen. Es ist nicht richtig, daß Preußen den Reiseverkehr von Nord nach Süd und von Ost nach West um Sachsen herumlenkt. Die Verkehrsbestimmungen zwischen Preußen und Sachsen werden in durchaus loyaler und korrekter Weise angewendet. Ueberhaupt werden die Interessen aller beteiligten Staatsbahnverwaltungen allseitig entgegenkommend gefördert.

Abg. Speck (Zentr.):

Meine politischen Freunde können sich nicht unbedingt zu einer Reichseisenbahngemeinschaft erklären. Das ist nicht bloß Partikularismus. Auch an anderen Stellen, auch auf der Linken, besteht ein Widerstand gegen die Reichseisenbahngemeinschaft. Auch die Erfahrungen, die wir in Bayern mit der Güterwagengemeinschaft gemacht haben, können die Sehnsucht nach einer vollständigen Reichseisenbahngemeinschaft nicht beleben. Der Güterwagenverband mag sich aus wirtschaftlichen Gesichtspunkten rechtfertigen. Aber die finanziellen Rückwirkungen auf die Einzelstaaten fallen dagegen schwer ins Gewicht. Wie haben das an unserem bayerischen Budget gesehen.

Wir haben ganz außergewöhnlich schwere finanzielle Lasten dadurch erhalten, die der bayerische Eisenbahnetat nur mühsam zurechtlegen konnte. Für die wirtschaftlichen Verhältnisse Bayerns wäre sie nicht nötig gewesen. Bayern ist seinen Verpflichtungen loyal nachgekommen und es wird auch weiter nicht daran fehlen lassen, daß die unvermeidlichen Reibungen zwischen den einzelnen Verwaltungen loyal beigelegt werden. Das scheint mir auf dem Wege der Konferenzen richtig geordnet zu sein. Diese Konferenzen sollen nicht nach formalen Gesichtspunkten entscheiden, sondern die Interessen der Einzelstaaten gegeneinander gerecht abwägen und prüfen.

Das Haus vertagt sich. Donnerstag 12 Uhr: Weiterberatung.

Schluß 6½ Uhr.

# Halle und Umgebung.

Halle, 26. Februar.

## Kehrt der Winter wieder?

Nachdem seit Ende Januar in fast ganz Mitteleuropa, besonders aber in Norddeutschland, ganz außerordentlich mildes und vorfrühlingshaft schönes Wetter geherrscht hat, sieht es momentan so aus, als ob der Winter zum Schlusse noch einmal seine Visitenkarte abgeben wollte. Während noch am letzten Sonntag in weiten Teilen des Landes vollkommenes Frühlingswetter geherrscht hatte, wobei an verschiedenen Orten, so in Aachen und Berlin, das Thermometer 14 Grad Wärme erreicht hatte, während die durchschnittlichen Tagestemperaturen denen des Monats April entsprachen, macht sich jetzt, vom Nordosten ausgehend, ein Temperaturrückgang bemerkbar, der angesichts der Luftdruckverteilung zu einem vollkommenen Witterungsumschlag führen kann. So hatte Memel Dienstag früh 7, Danzig 1 Grad Kälte. In Bromberg stand das Quecksilber morgens auf dem Gefrierpunkte. Diese Abkühlung ist die Folge einer starken Drucksunahme über Nordrußland, wo sich seit einigen Tagen ein kräftiges Hochdruckgebiet ausgebildet hat, das zunächst nur unscheinbar war, inzwischen aber an Höhe und Ausbreitung erheblich zugenommen hat. In seinem Kern überschreitet augenblicklich das Maximum am Weißen Meere 770 Millimeter Höhe, und sein Bereich erstreckt sich westwärts schon über ganz Skandinavien, im Südwesten bis nach Ostdeutschland. Das zu Beginn der Woche noch außerordentlich tiefe Minimum nordwestlich von Schottland hat sich bedeutend verflacht; im mittleren Norddeutschland befand sich gestern zwar noch ein engbegrenztes Teiltief, das überall Bewölkung verursachte; es dürfte sich aber alsbald ausfüllen oder in südlicher Richtung entfernen, so daß dann das nordrussische Hochdruckgebiet vollkommen die Herrschaft über die Wetterlage an sich reißen würde. In diesem Falle muß mit weiterer Abnahme der Temperaturen und dem alsbaldigen Wiedereintritt von Frostwetter gerechnet werden, und wenn, abgesehen vom äußersten Nordosten, augenblicklich die Temperaturen auch noch überall oberhalb der normalen Werte liegen, so kann für den Fall der Aufbeiterung bei dem jetzt herrschenden Ostwind doch sehr rasch wieder völlig winterliche Kälte Platz greifen. Es wird sich in den nächsten Tagen entscheiden, ob der Winter noch einmal wiederkehrt, oder ob — infolge Erscheinens neuer atlantischer Wirbel — doch die milde Witterung fortdauert.

H. L.

### Habilitation an der Universität Halle.

In der Aula der Universität wird am Sonnabend, den 28. Februar, um 11 Uhr Herr Dr. med. Bernhard Aschner seine Antrittsvorlesung zum Zwecke der Habilitation über „Wege und Ziele der modernen Gynäkologie" halten.

### Stadtverwaltung und technische Betriebe.

Vortrag im Hallischen Bürgerverein von Diplom-Ingenieur Volhard.

Soll die Stadt überhaupt als Unternehmer auftreten? Diese Frage ist entschieden zu bejahen; doch sind den städtischen Unternehmungen natürlich gewisse Grenzen gesetzt. Für Kommunalunternehmungen muß einmal ein öffentliches Interesse vorliegen und außerdem müssen die Benutzer oder Abnehmer des Unternehmens in der Hauptsache die Bewohner der Stadt selbst sein.

Man kann die Unternehmungen, die eine Stadt in eigener Regie verwalten kann, in 3 Gruppen teilen. Die erste Gruppe ist rein technischer Natur, die dritte Gruppe ist rein hygienischer Natur und die zweite Gruppe stellt das Mittel zwischen beiden dar, d. h., es sind technische Betriebe mit hygienischem Zweck.

In die erste Gruppe gehören vor allem Gas-, Wasser-, Elektrizitätswerk und die Straßenbahn. Zur dritten Gruppe gehören Krankenanstalten, Stechenhäuser, Altersheime und sonstige Wohlfahrtsanstalten. In die zweite Gruppe gehören endlich Schlachthöfe, Desinfektionsanstalten, Anstalten zur Beseitigung von Müll, Fäkalien, Abdeckereien, eventuell noch Fernheizwerke und Eisfabriken. Hier wären auch noch aufzuführen die technischen Verwaltungszweige, die man eigentlich nicht als Unternehmen bezeichnen kann, wie die öffentliche Beleuchtung und Feuerwehr und die technischen Einrichtungen in den städtischen Gebäuden und Unterrichtsanstalten.

Schon aus dieser kurzen Zusammenstellung ersieht man, daß die Technik in der Stadtverwaltung eine ganz außerordentlich große Rolle spielt. Daß in dem Magistrate der Städte dagegen die Technik meistens ganz ungenügend vertreten ist, hat lediglich historische Ursache und liegt hauptsächlich daran, daß diese ganzen Unternehmungen erst seit kurzer Zeit von den Städten selbst übernommen worden sind. Ich meine, daß der besoldete Stadtrat für Hochbau viel eher ein Luxus der betreffenden Stadt ist, als der technische Stadtrat. Es ist wohl auch kein Zweifel, daß dies in der allernächsten Zeit von allen Städten ausnahmslos eingesehen wird, ist doch schon eine ganze Anzahl von Städten auf diesem Wege vorangegangen, ja, vielfach ist der Techniker als so wichtig eingeschätzt worden, daß er als 2. Bürgermeister oder sogar als 1. Bürgermeister verwendet worden ist. Ich verweise nur auf Heidelberg, wo eben die Stelle des verstorbenen Oberbürgermeisters neu ausgeschrieben und in dem Ausschreiben besonders zum Ausdruck gebracht werden soll, daß für die Stelle nicht nur Juristen und Kameralisten, sondern insbesondere auch Techniker in Frage kommen. Welcher Fakultät der technische Stadtrat ursprünglich angehört, ist an sich gleichgültig. Ist er als Maschinentechniker ausgebildet, so wird er sich in die Elektrotechnik einarbeiten müssen, ist er Elektrotechniker, so muß er sich in die vorkommenden maschinentechnischen Fragen einarbeiten. Der heutige Ingenieur mit abgeschlossenem akademischen Studium ist stets so weit vorgebildet, daß ihm die Einarbeitung in andere technische Gebiete nicht schwer fällt. Ich möchte dem Elektrotechniker den Vorzug geben, da die Elektrotechnik überall in Anwendung kommt und die elektrotechnischen Betriebe, wie die Elektrizitätswerke und Straßenbahnen die größten Werte repräsentieren.

Im folgenden möchte ich mich nun etwas mit den einzelnen Betrieben beschäftigen.

Das Gaswerk. Dasselbe steht finanziell recht günstig da.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-19140226014/fragment/page=0002

da es so auch von allen Werken das älteste ist. Die Schulden betragen nur noch 1,4 Millionen.

Ueber die Selbstkosten konnte ich genaue Einzelheiten nicht erfahren, indessen sind zwischen den Gaswerken der verschiedenen Städte keine sehr erheblichen Unterschiede. Aus 100 Kgr. Kohlen werden in den älteren Werken ca. 30 Kubikmeter Gas gewonnen. Diese Zahl liegt mir vor z. B. von Aveldal, Gera, Oberhausen, Bielefeld, Breslau und anderen. Die Werke mit neueren Oefen gewinnen 36 Kubikmeter. Hierzu gehören u. a. Duisburg und auch Halle. Das einzige, was ziemlich erheblich schwankt, sind die Kohlenpreise. Dieselben kosten frei Werk z. B. in Oberhausen und Düsseldorf ca. 14 Mark pro Tonne, in Bielefeld 15 Mark, in Breslau 17 Mark und hier in Halle, da wir ziemlich weit von den Steinkohlen entfernt sind, 22 Mark. Von den Kohlenkosten sind in Abzug zu bringen die Einnahmen aus den Nebenprodukten, besonders Koks. Da ist das umgekehrte Verhältnis: während Oberhausen nur 13 Mk. pro Tonne bekommt, ist der Preis hier ca. 19 Mark.

Der Vortragende gibt dann eine genaue Aufstellung der Selbstkosten für Gas in Bielefeld, die zwischen 7 und 8 Pfg. pro Kubikmeter betragen.

Dies tritt genau mit den hiesigen Angaben zu, daß die reinen Selbstkosten zwischen 7 und 8 Pfg. liegen. Das Gaswerk ist in der glücklichen Lage, die Energie aufspeichern zu können, und zwar heißen die Gasbehälter am Holzplatz etwa 30 000 Kubikmeter, was in der Zeit des stärksten Betriebes mehr als einem halben Tagesbedarf entspricht.

Das Elektrizitätswerk kann dagegen die erzeugte Energie nicht in rationeller Weise aufspeichern. Deshalb ist es auch nicht angängig, die Selbstkosten in der gleichen Weise wie beim Gaswerk berechnen zu wollen. Im Elektrizitätswerk unterscheidet man zwischen festen und beweglichen Kosten. Die Belastung des Werkes ist eine außerordentlich schwankende. Sie schwankt sowohl in der Jahreszeit wie in der Tageszeit. Ich möchte einmal kurz die annähernden wirklichen Selbstkosten aufstellen:

Die allgemeinen Unkosten, Verzinsung und Abschreibungen sind nicht von der Zahl der verkauften KWSt. abhängig, sondern von der Größe des Werkes. Die Betriebsunkosten und Unterhaltungskosten dagegen sind ziemlich proportional der Zahl der KWSt.. Aus der Verkaufs- und Gewinnrechnung ergibt sich:

| | |
|---|---|
| Allgemeine Unkosten . . . . . | 100 000 Mk |
| Verzinsung . . . . . | 230 000 „ |
| Abschreibungen abzügl. Zählermiete . | 220 000 „ |
| Sa. der festen Kosten: | **550 000 Mk.** |
| Betriebskosten . . . . . | 430 000 Mk. |
| Unterhaltung . . . . . | 100 000 „ |
| Sa. der beweglichen Kosten: | **530 000 Mk.** |

Die Anzahl der verkauften KWSt. betrug rund: 10 000 000.

Teilen wir die Zahl der verkauften KWSt. in 5 Teile je nach der auftretenden Höchstleistung, so wurden im Werk abgegeben in runden Zahlen:

| | | | | | | |
|---|---|---|---|---|---|---|
| 1. | 5000 KW. | 20 St. | lang | = | 100 000 | KWSt. |
| | 4000 „ | 100 „ | „ | = | 400 000 | „ |
| 2. | 3000 „ | 500 „ | „ | = | 1 500 000 | „ |
| 3. | 2000 „ | 1000 „ | „ | = | 2 000 000 | „ |
| 4. | 1000 „ | 2500 „ | „ | = | 2 500 000 | „ |
| 5. | 500 „ | 7000 „ | „ | = | 3 500 000 | „ |
| | | | | | **10 000 000** | **KWSt.** |

Die festen Kosten sind zu gleichen Teilen auf diese 6 Gruppen zu verteilen, da aber die erste Gruppe zu teuer würde, wollen wir gleich ein Zugeständnis machen und die ersten beiden zusammenfassen, so daß auf jede Gruppe nunmehr 110 000 Mk. an festen Kosten entfallen. Die beweglichen Kosten von 530 000 Mk. sind dagegen auf alle KWSt. gleichmäßig zu verteilen, so daß auf jede 5,3 Pfg. kommt. Die wahren Selbstkosten ergeben sich dann aus folgender Tabelle:

| Gruppe: | 1 | 2 | 3 | 4 | 5 |
|---|---|---|---|---|---|
| Feste Kosten . . . . | 22 | 7,2 | 5,5 | 4,4 | 3,1 Pfg./KWSt. |
| Bewegliche Kosten . . | 5,3 | 5,3 | 5,3 | 5,3 | 5,3 „ „ |
| Selbstkosten . . . | Sa. 27,3 | 12,6 | 10,8 | 9,7 | 8,4 Pfg./KWSt. |

Während beim Gaswerk wesentliche Verbilligungen in der Gaserzeugung nicht zu erwarten sind, ist dies beim Elektrizitätswerk sehr wohl der Fall. Wenn es gelänge, in den Zeiten schwacher Belastung neue Abnehmer heranzuziehen, so könnten wir mit demselben Werke ohne weiteres die doppelte Zahl von KWSt. erzeugen, dann würden aber nicht nur die festen Kosten pro KWSt. auf die Hälfte reduziert, sondern auch die beweglichen Kosten würden ganz erheblich heruntergehen. Wir könnten dann leicht in der Gruppe 5 auf Selbstkostenpreise von 6 Pfg. und noch weniger heruntergehen. Daß wir weder mit der Ausnützung des Werkes noch mit der Verbreitung der Elektrizität am Ende des Möglichen angelangt sind, zeigt ein Vergleich mit anderen Städten. Ein Bild über die Ausnützung des Werkes gibt die mittlere Benutzungsdauer des zentralen Maximums. Dieselbe wird erhalten, wenn man die Zahl der erzeugten KWSt. durch die Maximalbelastung in KW. dividiert. Die höchste erreichbare Zahl wäre also 8760 St. Diese würden wir erhalten, wenn die Maschinen im Werk mit dem Maximum das ganze Jahr hindurch Tag und Nacht belastet wären. Das ist natürlich nicht zu erreichen, jedoch muß man sehen, möglichst nahe heranzukommen. Die Verbreitung der Elektrizität zeigt sich am besten in der Zahl der pro Kopf der Bevölkerung abgegebenen KWSt. Die folgende Tabelle enthält diese beiden Zahlen für eine Reihe von annähernd gleichgroßen Städten.

| Stadt | Einwohnerzahl | KWSt. pro Kopf d. Bevölkerung | Mittl. Benutzungsdauer d. Maximalbelastung | Verwaltung |
|---|---|---|---|---|
| Aachen . . . . | 160 000 | 130 | 2240 | städt. |
| Barmen . . . . | 195 000 | 122,3 | 2720 | „ |
| Cassel . . . . | 149 000 | 36 | 2640 | „ |
| Danzig . . . . | 167 000 | 21 | 1580 | „ |
| Dortmund . . . . | 345 000 | 77 | 2350 | „ |
| Duisburg . . . . | 193 000 | 83 | 2500 | „ |
| Elberfeld . . . . | 188 500 | 83 | 2600 | „ |
| Gleiwitz . . . . | 500 000 | 240 | 3300 | A.-G. |
| **Halle . . . . .** | **190 000** | **50** | **1900** | **städt.** |
| Magdeburg . . . . | 290 000 | 54 | 2050 | „ |
| Mülhausen i. E. . . | 210 000 | 172 | 2800 | A.-G. |
| Potsdam . . . . | 103 000 | 57 | 2180 | städt. |

Sie sehen daraus, daß Halle längst nicht an der Spitze steht, weder was die Verbreitung der Elektrizität noch die Ausnutzung des Werkes anbetrifft. Es fragt sich nun, wie diese beiden Zahlen günstig beeinflußt, d. h., gehoben werden können. Zur weiteren Verbreitung der Elektrizität wirkt einfach ein billiger Tarif. Zur besseren Ausnutzung dagegen eine günstige Tarifpolitik. Daß wir mit der Verbreitung der Elektrizität in Deutschland ganz allgemein noch lange nicht am Ende sind, hat Professor Klingenberg in den letzten Tagen in einem Vortrage über die Elektrizitätsversorgung in Großstädten gezeigt. Er vergleicht in diesem Vortrage die Städte Chicago, Berlin und London. Der Stromverbrauch pro Kopf der Bevölkerung beträgt danach in

| | |
|---|---|
| Chicago . . . . . | 310 KWSt. |
| Berlin . . . . . | 170 „ |
| London . . . . . | 110 „ |

Wir sind also von amerikanischen Städten noch sehr weit entfernt. Interessant ist dabei die Verteilung des Konsums auf Licht, Kraft und Bahn in den verschiedenen Städten zu betrachten, worüber die folgende Tabelle Aufschluß gibt:

| | Chicago % | London % | Berlin % | Halle % |
|---|---|---|---|---|
| Licht . . . . . | 19 | 61 | 24 | 37 |
| Kraft . . . . . | 12 | 27 | 45 | 52 |
| Bahn . . . . . | 69 | 12 | 31 | 11 |

Daß wir hier in Halle prozentual nicht so viel Bahnstrom abgeben, wie in einer Großstadt, ist ja erklärlich. Immerhin sehen wir aus dem Vergleich zwischen Licht und Kraft allein, daß wir besonders gegenüber London und Chicago, noch sehr viel mehr Energie für Licht abgeben sollten. Da die Geschäfte in in der große Mehrzahl bereits elektrisches Licht haben, fehlen uns gerade die Haushaltungen und kleinen Abnehmer, die abends nach Schluß der Sommerzeit mit dem Hauptkonsum einsetzen. Das Elektrizitätswerk muß also, um die KWSt.-Zahl pro Kopf der Bevölkerung und die Ausnutzung des Werkes zu erhöhen, danach trachten, einerseits die Industrie, andererseits die Haushaltungen bis an den kleinsten heranzuziehen zu erhalten. Es ist dies natürlich lediglich eine Frage der Tarifpolitik. Um Industrie zu gewinnen, darf das Werk nicht an die aufgestellten Tarife gebunden sein, sondern es muß von Fall zu Fall sich in weiten Grenzen bewegen können. In vielen Fällen kann das Werk die KWSt. zu 5 bis 6 Pfg. verkaufen und doch noch daran verdienen, während es in anderen Fällen bei 30 Pfg. Verluste erleidet. Daß man überhaupt die Energie nicht einfach zu einem festen Preis pro KWSt. abgeben kann, ist hier schon lange eingesehen. Der Benutzungsstundentarif, wie wir ihn hier haben, bezweckt ja nichts anderes, als die Abnehmer zu bevorzugen, die eine möglichst lange Benutzungsdauer erreichen. Wie dann auch später der Tarif im einzelnen lauten möge, ein Gebührentarif muß es zweifellos bleiben.

In den jetzigen Durchschnittspreisen stehen die Wohnungen auf gleicher Höhe mit den Bureaus und noch über den Läden, das ist ungerechtfertigt. Da der Hauptkonsum der Wohnungen nicht zwischen 5 und 6, sondern zwischen 7 und 10 liegt, müßten diese billigere Durchschnittspreise bekommen als die Läden. Abnehmer, die elektrisch Kochen, Kochen oder Haushaltsmotoren betreiben, sollten nur ihren ganzen Stromverbrauch Durchschnittspreise erzielen, die bereits nahe an den Kraftpreisen liegen. Bei der Gegenheit möchte ich Ihnen an Hand des Verwaltungsberichtes des Elektrizitätswerkes zeigen, daß sich das Werk heinahe zu gut rentiert, so daß es sehr wohl imstande wäre, besonders an Abnehmer, die das Werk vorzeitthaft belasten, den Strom zu billigeren Preisen abzugeben. Dabei sind unter vorteilhaften Belastern, wie schon vorhin erwähnt, keineswegs nur industrielle Großbetriebe anzusehen, sondern jeder kann für sich das Werk gut oder schlecht belasten, je nachdem er seine Abnahme einrichtet.

Der Wert des Werkes beträgt heute rund

Mark 7,00 Millionen.

Außer der Verzinsung der Anleihen erbrachte das Werk im Jahre 1912—1913 einen Gewinn von 740 000 Mark = 10,5 Prozent des Wertes. Hiervon wurde verwendet für Abschreibungen

Mark 290 000 = 4,2 Prozent,

Neuanschaffungen und Schuldentilgungen

Mark 130 000 = 1,8 Prozent

und als Reingewinn an die Stadt abgeführt

Mark 320 000 = 4,5 Prozent,

eine außerordentlich erfreuliche Zahl!

Da außerdem noch lange kein Stillstand in der Entwickelung des Werkes vorauszusehen ist, und man sicher sein kann, daß das Werk um so günstiger arbeitet, je größer es wird, so kann man wohl sagen, daß für die Stadt die Rentabilität doch wohl nunmehr auf einen Punkt gelangt ist, wo man sagen muß, mehr braucht das Werk nicht abzuwerfen. Alle weiter erreichbaren Vorteile sollten den Abnehmern zugute kommen.

Ueber das Wasserwerk ist kaum etwas zu sagen, da Wasser alle Einwohner brauchen und auch möglichst viel davon gebrauchen sollen, hat es absolut keinen Zweck, wenn die Stadt aus dem Wasserwerk Gewinn zieht. Die Wasserpreise sollen daher so eingerichtet sein, daß die Selbstkosten einschließlich des städtischen Verbrauches gerade gedeckt werden.

Die Straßenbahn. Es ist schwer, ohne genauen Einblick ein Urteil zu fällen. Das ist wohl auch heute nicht nötig, da jetzt an den Verhältnissen zurzeit nichts zu ändern ist. Von einem lukrativen Unternehmen kann eben wohl nicht gesprochen werden. Der Wert der städtischen Bahn steht heute mit rund 1,2 Millionen zu Buche. Davon 726 000 Mark unter den Aktiven als Ankaufswert gebucht, also ohne greifbare Unterlagen. Das prozentuale Ertragnis ist dementsprechend auch nicht hoch: nach Verzinsung der Anleihen etwa 5,7 Proz. Davon wurden 4,8 Proz., ca. 101 000 Mark, für Abschreibung verwendet und 20 000 Mk. = 0,9 Proz. als Reingewinn verbucht. Ueber die Verwendung desselben ist nichts gesagt. Statistisch läßt sich auch nicht viel sagen, da ja die städtische Straßenbahn nur die Hälfte der Straßenbahnen in der Stadt umfaßt. Die Einnahmen und Ausgaben für den Wagenkilometer sind ganz normal.

Nach allem kann man sagen, daß die vorhandenen Betriebe unserer Stadt zu einer ungünstigen Kritik in technischer Richtung keine Veranlassung geben. Im Gegenteil können wir mit ihnen recht zufrieden sein; allerdings mit der Einschränkung, daß wir nicht stehen bleiben dürfen, sondern daß besonders die großen Fortschritte der Elektrotechnik auch hier in Halle ausgenutzt werden müssen und wir von Elektrizität vielmehr eine erhebliche und energische Vorwärtsentwickelung erwarten dürfen.

Ich möchte nun noch auf die technisch-hygienischen Betriebe eingehen, die wir hier nicht haben. Das ist zunächst die Müllverbrennung.

Da kann man wohl sagen: „Wie es bis jetzt gemacht wird, so kann es nicht weiter gehen, das sportet jeder Beschreibung!“ Wenn ich dabei erwähnt, wurde ich Ihnen aus Liebhaber-Unentbehrlichkeit führen, wie hier der Müll beseitigt wird. Allerdings müßte zur wahren Realität der Kinematograph gestatten, auch die betreffenden Gerüche wiederzugeben. Ich gebe allerdings zu, daß gerade dieses Gebiet eines der schwierigsten ist, besonders wenn im Stadtrat kein Techniker sitzt, der diese Frage von Berufs wegen studieren kann. Das einzig Richtige ist zweifellos, den ganzen Müll zu verbrennen. Nur diese Weise wird derselbe nicht nur am hygienischsten beseitigt, sondern es wird noch viel an Wärmeenergie und Nebenprodukten gewonnen, so daß die Müllverbrennung der Stadt nichts kostet, womöglich sogar noch einen kleinen Gewinn abwirft.

Die Müllverbrennung ist zuerst in England ausprobiert worden und ist jetzt auch schon bei uns in einer ganzen Reihe von deutschen Städten eingeführt worden. Ich verweise nur auf Kiel, Frankfurt, Wiesbaden, Köln, Fürth und andere. In Fürth gewinnt man nach Angabe des Erbauers, Stadtbaurat Illmer, aus 1 Kg. Müll 1 Kg. Dampf. Der gewonnene Dampf wird teils im Gaswerk, teils im Elektrizitätswerk ausgenutzt. Bei 6 Kg. Dampf pro Kilowattstunde wären aus 1 Tonne Müll 167 Kilowattstunden zu gewinnen. Davon werden von dem eigenen Betrieb 8 Kilowattstunden selbst verbraucht. Die Verbrennung geschieht in Retortenöfen ohne Kohlenzusatz, nur durch den eigenen Heizwert, unter einer, durch ein kräftiges Gebläse erzeugten, ordentlich hohen Temperatur. Die Rückstände bilden dadurch glasharte Schlacken, die gebrochen und zu Wegebauten verbraucht werden. Die Fürther Anlage hat 15 Proz. für Verzinsung und Abschreibung herausgewirtschaftet, ohne das ein Zuschuß von der Stadt erforderlich gewesen wäre.

Ein anderer technischer Betrieb, der in neuerer Zeit besonders in Aufnahme kommt, ist der Elektrizitätsgas, der verbunden wird, um die Maschinen außerhalb der Spitzenzeit besser auszunutzen, ist eine Eisfabrik. Solche Eisfabriken haben ihren größten Kraftbedarf gerade im Sommer, wo das Elektrizitätswerk am schlechtesten belastet ist, auch ist die im Anfang für einen städtischen Betrieb aufgestellte Forderung, daß die Abnehmer die Einwohner selbst sein sollen, hier erfüllt. Bei einem Preise von 3,5 Pf. pro Kilowattstunde am Tage und 2 Pf. in der Nacht, kostete in einer ausgeführten Anlage die Herstellung von 1 Zentner Eis 1,11 Mk. Verzinsung und Abschreibung, 26,5 Pf. Da man im Einzelverkauf 1 Mark bis 1,20 Mark für 1 Zentner erzielen kann, so ist das Geschäft ganz gut.

Während die städtischen Betriebe in technischer Beziehung jeder für sich so selbständig wie möglich sein sollte, ist für das gemeinsame Wirken aller zusammen und unterzeinander die Stadtverwaltung doch sehr zentralistisch, und in diesem Punkte kann wohl noch viel verbessert werden.

Vielfach machen sich Gas- und Elektrizitätswerk in der schärfsten Weise Konkurrenz. Nichts ist verkehrter als das. Beide Werke sollen doch dem Besten der Einwohner dienen und sollen diesen sowohl hygienische wie pekuniäre Vorteile verschaffen. Dagegen kann es nicht Aufgabe der Werke sein, nur einen möglichst hohen Reingewinn abzuwerfen.

Brachten wir z. B. unter diesem Gesichtspunkte einmal die fürzlich vorgenommene Aenderung der Gaspreise, so kann man diese wohl kaum als richtig anerkennen. Jahrelang hat das Gaswerk das Gas für Heizzwecke zu 12 Pfg., das für Leuchtzwecke zu 16 Pfg. verkauft. Nach Erfindung der Metalldrahtlampen sah das Gaswerk ein, daß es zu 16 Pfg. mit der Elektrizität nicht mehr konkurrieren könne; wenigstens war anzunehmen, daß die Gasabgabe für Lichtzwecke allmählich herabgehen würde. Andererseits ging die Elektrizitätsabgabe für Beleuchtung rapid in die Höhe. Es ist also anzunehmen, daß in den meisten Neuanlagen elektrisches Licht eingeführt wurde, und daß auch viele alte Anlagen vom Gas zur elektrischen Beleuchtung übergegangen sind. Da das elektrische Licht besonders in kleinen Wohnungen hygienischer ist als Gas, hätte die Stadt diese Abwanderung nur begrüßen sollen, zumal diese zu keinem Verlust an irgendwelchen Werkzeugen für die Stadt unternommen verbunden ist. Im Gegenteil wird durch die größere Beweglichkeit und Anpassungsfähigkeit sowohl, wie durch die Anwendbarkeit von kleinen Haushaltungsapparaten die elektrische Lichtrechnung meistens größer als es vorher die Gaslichtrechnung war. Außerdem wird die Produktion im Elektrizitätswerk durch diese Haushaltungen gerücksichtigt und der Gewinn dort größer. Aber auch das Gaswerk hätte die Abwanderung der Beleuchtung ruhig ertragen können, denn der Wegfall der Beleuchtung wird mehr wie ausgeglichen durch die Zunahme an Heizung. Hier liegen die Verhältnisse ja ganz anders. Ein Kubikmeter Gas entwickelt ca. 5200 Wärmeeinheiten, die Kilowattstunde dagegen nur 860. Trotzdem die Ausnutzung der Wärme bei Elektrizität eine bessere als bei Gas ist, so müßte doch der Preis für die Kilowattstunde niedriger als für den Kubikmeter Gas sein, wenn das elektrische Kochen im großen gegenüber Gas konkurrenzfähig sein wollte. Es wurde also ein großer Fehler für die Stadt sein, wenn sie durch die Tarifpolitik den Lichtzonum dem Gaswerke zuführte und dieses womöglich vergrößern müßte, ohne es dabei rentabler machen zu können, während das Elektrizitätswerk den Lichtkonsum ohne Vergrößerung decken könnte und einen wesentlichen wirtschaftlichen Gewinn dabei fände. Während ferner die Erhöhung des Einheitspreises für Heizgas der Elektrizität gegenüber ohne weiteres durchführbar war, wird die Konkurrenzfähigkeit des Gases gegenüber den Kochen ganz wesentlich verringert. Besonders für Warmwassererzeugen, Bügeln und Zimmerheizung wird an vielen Stellen die Kohle wieder bevorzugt werden. Damit ist aber ein direkter Ausfall an Einnahmen für die Stadt verbunden, denn Kohlen liefert nicht die Stadt, sondern die Privatindustrie. Endlich ist aber auch die Erhöhung des Heizgaspreises eine Ungerechtigkeit gegen alle die, die elektrisches Licht und Gasheizung in ihren Wohnungen haben, den diese müssen der Stadt jetzt erheblich mehr bezahlen wie früher. Es ist ihnen also eine durch nichts berechtigte höhere Kommunalsteuer auferlegt. Wir dürfen uns dem nicht verschließen, daß die allgemeine Entwicklung der Gas- und Elektrizitätswerke dahin geht, daß das Gaswerk mehr und mehr Heizwerk und das Elektrizitätswerk Licht- und Kraftwerk wird. Wenn sich die Stadtverwaltung dem widersetzt, so heißt das, den Fortschritt aufhalten.

Unter dem gleichen Gesichtspunkte ist aber auch die Straßenbeleuchtung zu betrachten. Es ist nicht richtig, die herausgerechneten Selbstkosten für die Kilowattstunde und für den Kubikmeter einzusetzen und damit die Selbstkosten der Straßenbeleuchtung mit Gas und Elektrizität zu vergleichen. Die Kosten der Elektrizität nehmen stark ab, je mehr Lampen elektrisch werden und je länger die Lampen brennen. Auch kann man hier die Selbstkosten tatsächlich einsetzen, denn die Elektrizität würde ja speziell für diesen Zweck hergestellt werden und ist anderweitig nicht verkäuflich. Beim Gaswerk dagegen könnten die in der Nacht für die Beleuchtung verbrauchten Kubikmeter Gas am anderen Morgen so zu dem normalen Gaspreise verkauft werden. Alles, was die Stadt an Gas entnimmt und später zu einem billigeren Preise ausbrennt, drückt nur den mittleren Verkaufspreis des Gases herunter. Das Beste wäre, wenn im Winter die Beleuchtung bis 6 Uhr abends durch Gas und später durch Elektrizität vorgenommen werden könnte. Jedenfalls ist es gerade für die Straßenbeleuchtung außerordentlich wichtig, das derjenige, der die Kostenberechnungen aufstellt und die Entscheidungen trifft, nicht nur gänzlich unparteiisch den beiden Werken gegenübersteht, sondern auch in jeder Beziehung sachverständig ist.

Eine weitere Einrichtung, durch die die Stadtverwaltung recht beträchtliche Ersparnisse machen könnte, ist die kaufmännische Verwaltung der technischen Betriebe. Diese könnte ohne weiteres, besonders beim Gas-, Wasser- und Elektrizitätswerk, deren Verwaltungen so dicht beieinander liegen, vollständig zusammengelegt werden. In den meisten Haushaltungen und Geschäften sind drei Meter aufgestellt, und nacheinander kommen Boten vom Gas-, Wasser- und Elektrizitätswerk, um die Zähler abzulesen. Dann kommen wieder drei Rechnungen, die an drei verschiedenen Stellen bezahlt und gebucht werden müssen. Es ließe sich ohne weiteres einrichten, das alle Zähler in einem Hause von ein- und demselben abgelesen werden, und über alles nur eine Rechnung ausgeschrieben und diese nur an einer Stelle bezahlt und gebucht wird. Mustergültige Einrichtungen in dieser Beziehung hat die Stadt Bielefeld in den letzten Jahren getroffen, worüber der Oberrevisor Immisch in einem Buche über moderne Geschäftseinrichtungen in Elektrizitäts-, Wasser- und Gaswerken ausführlich berichtet. Der Geschäftsbericht des städtischen Betriebsamtes Bielefeld berichtet darüber:

Zunächst wurde die Stadt in Bezirke eingeteilt und für jeden Bezirk ein Ablesebuch nach dem losen Blattsystem eingerichtet. Jeder Abnehmer erhält nur ein Konto, auf welchem alles verzeichnet wird, was er von den Werken beziehen kann. Dadurch ist gleichzeitig als Ablese- und Abrechnungsblatt für mehrere Jahre eingerichtet, so daß der jedesmalige Verbrauch mit dem Vorjahre ohne Aufwendung von Zeit und Mühe verglichen werden kann.

Die Feststellung des monatlichen Verbrauchs an Wasser, Gas und Elektrizität erfolgt durch gemeinsame Ableser.

Das Ablesen wird auf den ganzen Monat verteilt, wodurch eine gleichmäßige Beschäftigung, für Bureau und Kasse erzielt wird. Für jeden Abnehmer wird nur eine Rechnung ausgeschrieben, die den Verbrauch und Betrag für Wasser, Gas und Elektrizität enthält. Bei der Rechnungsausschreibung durch rechnende Schreibmaschinen werden gleichzeitig im Durchschreibeverfahren das Sollbuch und die Kassenbotenliste hergestellt.

Diese Neueinrichtungen haben sich bestens bewährt und neben niedrigen Verwaltungskosten große Uebersicht und eine glatte Abwicklung des gesamten Geschäftsverkehrs gebracht.

Selbstverständlich ist es dann nur einen Schritt weiter, nicht nur den Verkauf, sondern auch den Einkauf von Materialien, die in allen Werken gemeinsam gebraucht werden, in einer Hand zu vereinigen.

Endlich gehört zu einer einheitlichen Organisation aller Betriebswerke auch die Aufstellung eines gemeinsamen Arbeitsplanes für Verlegung von Wasser-, Gasrohren und elektrischen Kabeln, wobei mit dem Tiefbauamt sowohl, wie mit der Polizeiverwaltung Fühlung genommen werden muß, damit doch neue Aufgraben von Straßen unbedingt vermieden wird und die städtischen Arbeiter so gut wie möglich ausgenutzt werden.

Ich möchte schließen mit dem Wunsche, daß der Technik in der Stadtverwaltung die ihr gebührende Bedeutung beigemessen wird, daß die so hoch entwickelte moderne Technik auch hier ihre segensreichen Gaben ablädt und daß ja nicht zu ferner Zeit die Stadt Halle wegen ihrer glänzenden technischen Einrichtungen in anderen Städten als Muster hingestellt wird.

---

**11. Vortragsreihe des Volksbildungsvereins.** Am 5. Vortragsabend behandelte der Redner den 2. Teil des Freiheitskrieges: vom Uebergang über den Rhein bis zur Einnahme von Paris und von der Schlacht bei Belle-Alliance bis zur zweiten Eroberung der französischen Hauptstadt. Große Schwierigkeiten waren zu überwinden, ehe überhaupt der Entschluß gefaßt wurde, nach Frankreich einzudringen. Wenn es nach dem Wunsche der Diplomaten gegangen wäre, hätte man sich mit dem Erreichten zufrieden gegeben. Aber zum Glück lehnte Napoleon die Friedensanerbietungen ab. Gneisenau hatte geraten, direkt auf Paris loszugehen, die Oesterreicher dagegen wollten Napoleon durch bloße Manöver zum Frieden bewegen und zogen nach der Hochebene von Langres. Trotz seiner erheblichen Uebermacht wagte Schwarzenberg nicht, Napoleon anzugreifen oder ihm Stand zu halten. Blücher mit seiner kleinen Armee mußte wieder die Offensive übernehmen. Nur ihm ist es zu danken, wenn die Verbündeten Paris überhaupt gesehen haben, und nächst ihm Napoleons Starrsinn, der sich auch jetzt noch nicht zum Frieden bequemen mochte, sondern nach jedem Erfolg von Neuem auf Sieg hoffte. So mußte er schließlich abdanken, nahm rührenden Abschied von seiner Garde und kam, von den französischen Bauern unterwegs beinahe erschlagen, nach Elba. Aber auf die Kunde von dem Zwist der Verbündeten in Wien und der Unzufriedenheit der Franzosen mit ihrer neuen Regierung kehrte er zurück, das Waffenglück noch einmal zu versuchen. Blüchers und Gneisenaus kühner Mut haben es zu Wege gebracht, daß dieser ganze Feldzug nur 14 Tage dauerte und mit der völligen Vernichtung der Napoleonischen Armee endigte. Ehe Russen und Oesterreicher heran waren, hatte Blücher bei Belle-Alliance der Schlacht die entscheidende Wendung gegeben und die wahrscheinliche Niederlage Wellingtons in den herrlichsten Sieg verwandelt, hatte in rastloser Eile die flüchtenden Franzosen verfolgt und Paris zum 2. Male genommen. Heldenmut ohnegleichen hatten die Preußen in diesen Tagen errungen, und die Namen Großbeeren, Katzbach, Leipzig und Belle-Alliance strahlten heller, als daß sie durch Taten des Kleinmuts und der Engherzigkeit in den nächsten 50 Jahren verdunkelt werden konnten. — Das Thema des 6. Vortrages (Montag, den 2. März, abends 8½ Uhr) lautet: „Die Heimkehr“.

**Der Künstlerverein auf dem Pflag** bereitet eine zweite Hallische Rappe vor: die Bedingungen für die Beteiligung daran können schriftlich von Herrn Bergassessor Klein Blücherstr. 4 erbeten werden.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-19140226014/fragment/page=0003

# Provinzial-Nachrichten.

**„Treuhandinstitute" als Schwindelfirmen.**

In letzter Zeit suchen verschiedene Grundstücksvermittelungsschwindler durch einen neuen Trick das unkundige Publikum zu betrügen. Sie fügen ihrer Firma die Bezeichnung „Treuhandinstitut" oder „Treuhandgesellschaft" bei und erwecken dadurch in dem Volke den irrigen Glauben, als handele es sich bei ihrem Unternehmen um ein besonders vertrauenswürdiges Geschäft, das im allgemeinen Interesse begründet sei. In Wirklichkeit betreiben sie ihr Geschäft in der gleichen Weise, wie die bekannten Grundstücksschwindler. Sie beschäftigen höchst zweifelhafte Personen als Vertreter, die mit allen, auch unerlaubten Mitteln Grundstücksverkäufer derart bearbeiten, daß sie ihnen einen Verkaufs- und Insertionsauftrag für ein wertloses Offertenblatt mit vielsagendem Namen erteilen. Die Schwindler haben es nur auf die Erlangung der hohen Insertionsgebühren, die Reisenden nur auf die unverhältnismäßig hohen Provisionen abgesehen. Eine Vermittlertätigkeit wird nicht oder nur in ganz geringem, zu den Vorschüssen in keinem Verhältnis stehenden Maße entwickelt. Derartige Unternehmen sind nicht berechtigt, die Bezeichnung „Treuhand" in ihrer Firma zu führen.

Es wird dringend gebeten, einschlägiges Material der Zentralstelle zur Bekämpfung der Schwindelfirmen in Lübeck, Parade 1, zu übersenden. Diese Stelle erteilt auch gern den in Mitleidenschaft gezogenen Personen an Hand ihres Materials Auskunft.

**Sinken der Schweinefleischpreise.**

**Eisenach**, 25. Febr. Die Fleischer-Innung gibt bekannt, daß durch günstigen Einkauf von prima Landschweinen durch die Innung die meisten Mitglieder derselben in der Lage sind, von jetzt ab das Schweinefleisch mit 60 und 70 Pfennigen das Pfund zu verkaufen.

**Aschersleben**, 25. Febr. (Provinzialbundesschießen.) Der Vorstand des Provinzialschützenbundes Anhalt-Braunschweig-Provinz Sachsen hielt unter Vorsitz des Stadtrates Schneider-Magdeburg im Schützenheim Askania-Aschersleben eine Versammlung zur endgültigen Festlegung des Provinzial-Bundesschießens ab. Mit Rücksicht auf den im Juni stattfindenden Städtetag der Provinz Sachsen und des Herzogtums Anhalt, durch den viele Herren und auch der Protektor des Bundesschießens, Oberpräsident von Hegel-Magdeburg, am Erscheinen behindert sind, und die Braunschweiger und Wolfenbütteler Bundesschießen, die den Budenverkehr beeinflussen würden, wurde das Bundesschießen auf den 10. bis 14. Mai festgesetzt. Weiter wurde beschlossen, 16 Scheiben aufzustellen: eine Ehrenscheibe, 12 Ringscheiben, je eine Jagd-, Silber- und Meisterscheibe. Ein Pistolenschießen findet in diesem Jahre nicht statt. Zur Teilnahme am Feste müssen die Anmeldungen bis zum 29. April bei der Schützenkorporation Askania erfolgt sein: teilnehmende Vereine müssen mindestens ein halbes Jahr Mitglied des Schützenbundes sein.

**Nordhausen**, 25. Febr. (Wahl zum Stadtbaumeister.) An Stelle des in Großh. Sächsische Dienste getretenen Regierungsbaumeisters Kraus in Bleicherode wurde Architekt Edwin Müller aus Nordhausen zum Stadtbaumeister gewählt.

**Greiz**, 23. Febr. (Das Denkmal für den verstorbenen Fürsten Heinrich XXII.) das dessen Kinder hier errichten lassen, soll nunmehr bestimmt am 19. April eingeweiht werden. Das Denkmal kommt auf die Idahöhe zu stehen, mit der Front nach der Stadt zu; es wird aus Findlingen aufgerichtet mit dem Bronzerelief des Fürsten. Das Bild des Fürsten stammt von Professor Echteler, der auch die reußischen Münzen modellierte, und ist in Dresden in Bronze ausgeführt worden

# Kunst und Wissenschaft.

## Hochschulnachrichten.

Das sächsische Kultusministerium hat den Privatdozenten Dr. med. Moritz Wolfrum zum außeretatsmäßigen außerordentlichen Professor in der medizinischen Fakultät der Universität Leipzig ernannt. Prof. Wolfrum ist Ophthalmologe

**Eröffnung der Frankfurter Universität.** Aus dem Vorlesungsverzeichnis der Frankfurter Akademie für Sozial- und Handels-Wissenschaften für das Sommersemester ist zu entnehmen, daß die Frankfurter Universität im Oktober dieses Jahres eröffnet wird. Die Akademie wird damit zu bestehen aufhören. Ihre Handelshochschuleinrichtung bleibt jedoch erhalten und wird der neuen Universität angegliedert. Die Universität wird bekanntlich folgende fünf Fakultäten umfassen: Rechtswissenschaft, Medizin, Philosophie, Naturwissenschaft und Wirtschafts- und Sozial-Wissenschaft.

B. **Zu Häckels 80. Geburtstag.** Wie uns nachträglich mitgeteilt wird, sind Professor Häckel zum 80. Geburtstag Glückwünsche der Herzöge von Meiningen, Altenburg und Koburg-Gotha, des Fürsten von Monaco und der Könige von Belgien und Italien zugegangen. Die preußische Regierung und die Reichsregierung haben von dem Geburtstag Häckels keine Erinnerung genommen.

B. **Eine Nachprüfung der Angriffe auf Salvarsan.** Aus Berlin meldet uns ein Privattelegramm: Das Reichsgesundheitsamt hat auf die Eingabe des Polizeiarztes Dr. Dreuw-Berlin in Sachen des Salvarsan (Ehrlich-Hata 606) die Nachprüfung der in der Eingabe behaupteten 227 Todes- und Erblindungsfälle von Amts wegen angeordnet. Auch Professor Ehrlich ist zur Abgabe einer Erklärung ersucht worden.

**Von Heinz Tovote**, der im April in die Reihe der Fünfzigjährigen tritt, erscheint demnächst im Verlage von F. Fontane & Co. ein neuer Roman: „Durchs Ziel", der den Berliner Rennsport zum Hintergrunde hat.

**Dr. Karl Peters-Denkmal in Daressalam (Ostafrika).** Dank der Opferwilligkeit weiter Kreise ist es gelungen, in kurzer Zeit eine so ansehnliche Summe zu sammeln, daß der Arbeitsausschuß in seiner letzten Sitzung beschlossen hat, mit dem Bau des Denkmals sofort zu beginnen. Mit der Ausführung ist der allein schon durch seinen „südwestafrikanischen Patrouilleenreiter" und durch die beiden „Dominik-Denkmäler" für Kamerun rühmlichst bekannte Bildhauer Karl Möbius, Berlin-Friedenau, betraut worden. Man hofft, daß das Denkmal im August dieses Jahres gleichzeitig mit der Landesausstellung enthüllt werden kann. Es besteht aus einem etwa 5 Meter hohen obeliskartigen Sockel, auf dem die 3 Meter hohe Porträtstatue von Dr. Karl Peters errichtet wird.

**Interessante Funde.** Bei den Fundamentierungsarbeiten für den umfangreichen Bau der unter der Leitung von Dr. Reicher stehenden Kuranstalt für Magen-, Darm- und Stoffwechselkranke „Hohenlohe" im Herrentale bei Mergentheim stieß man in der Tiefe von 4 Metern auf ein ganzes einstiges Dorf, das nach den Untersuchungen von dem Leiter des Kgl. Landeskonservatoriums Prof. Dr. Goeßler in Stuttgart der Bronzezeit um etwa 1500 v. Chr. angehört. Es kamen die Reste von etwa 15 Hütten in Gestalt von Steinsockeln, Sitzsteinen und von Herdplatten zum Vorschein. Zwischen den Hütten fand man weiterhin drei Urnengräber, bestehend aus je einer Haupturne mit Kohlenasche und Knochenresten und mehreren kleinen Nebenurnen. An Bronzefunden wurden Gewandnadeln, Armringe und ein Rasiermesser zutage gefördert. Solche vorzeitlichen Dörfer sind bei uns von außerordentlicher Seltenheit und es ist anzunehmen, daß die hiesige kochsalz- und glaubersalzhaltige Karlsquelle die Veranlassung zu einer solchen frühzeitigen Niederlassung gebildet hat.

# Theater und Musik.

## Bühnenchronik.

Die Neue Wiener Bühne brachte die Uraufführung des dreiaktigen Lustspiels „Das dumme Glück" von Auernheimer und Feld und erzielte mit dieser Komödie der Irrungen Fortunas einen sehr schönen Erfolg. Eigentlich handelt es sich hier um die seltsamen Wege der Protektion, und zuweilen gewinnt das auf dem Wiener Boden spielende Stück fast den Charakter einer Schlüsselkomödie. Aber alle Beziehungen und aller Tiefsinn sind doch nur um der eleganten Grazie willen da, mit der der Dialog des Stückes weich ausgepolstert ist. Das Publikum zeichnete Autoren und Darsteller mit reichem Beifall aus.

Ludwig Fuldas jüngstes Werk „Die Rückkehr zur Natur" wurde vom Schauspielhaus in Frankfurt a. M. zur Uraufführung angenommen und wird dort im nächsten Winter in Szene gehen.

**Hermann Bahr Burgtheaterdirektor?**

Die schon früher gelegentlich aufgetauchten Gerüchte, Hermann Bahr solle an die Spitze des Wiener Burgtheaters berufen werden, kursieren abermals in Wien. Möglicherweise liegt ihnen diesmal etwas Positives zugrunde, denn der in Salzburg lebende Bahr, den man in der Angelegenheit interveliierte, gab eine diplomatisch ausweichende Antwort.

**Ein Werk Hans Kysers verboten.** Hans Kysers Schauspiel „Die Erziehung zur Liebe", das von den Münchener Kammerspielen zur Aufführung erworben wurde, ist von der Polizeidirektion aus sittlichen Gründen verboten worden

# Vermischtes.

**Die Burschen des Generalmajors Boesz in den Zoo gegangen.**

**Aus Neisse wird gemeldet: Die beiden Burschen des Generalmajors Boesz sind auf der Eisenbahnstrecke Neisse-Oppeln zwischen den Stationen Neisse und Wischke tot aufgefunden worden. Vermutlich haben sie sich absichtlich von einem Zuge überfahren lassen.**

**Erziehung zur ehelichen Treue.** Der Münchener Polizeibericht meldet ein regelrechtes Haberfeldtreiben von 300 Münchener Frauen gegen einen untreuen Ehemann, das an mittelalterliche Volksaufstritte erinnert. Die Sache ist kein Faschingsscherz, sondern hat sich tatsächlich Dienstag in München in der Volkartstraße zugetragen. Es handelt sich um folgendes: Ein Versicherungsinspektor hatte es mit der ehelichen Treue nicht genau genommen, so daß die Frau mit ihren vier Kindern am letzten Sonnabend auf und davon ging. Der Inspektor nahm nun seine Geliebte in die Wohnung. Kaum hatten die Frauen der Nachbarschaft dies gewittert, da rotteten sich am Faschingsdienstag 300 Frauen der Umgebung zusammen, besetzten die Haustreppen, stürmten die Wohnung, prügelten die Geliebte durch und zogen nicht eher ab, als bis der Mann seiner nach Landshut abgereisten Frau die Austreibung der Geliebten telegraphiert hatte und die Ehefrau gegen Abend von Landshut in München wieder in der Wohnung ihres Mannes eintraf. Die 300 Femfrauen verließen erst die Kampfstätte, als ihnen von Schutzleuten und Kriminalbeamten die Versicherung gegeben wurde, daß nunmehr alles in Ordnung sei!

**Versuchsfahrten mit D-Zugwagen** werden im nächsten Monat auf der Strecke Potsdam—Halberstadt stattfinden. Der Personenwagenausschuß der preußischen Staatsbahn tritt in den Tagen vom 18. bis 20. März in Potsdam zu seiner 62. Sitzung zusammen, um über verschiedene Neuerungen an den D-Zugwagen zu beraten. Unter anderem handelt es sich um die Anbringung von Haltegriffen neben den Seitengangfenstern, von Armlehnen in den Abteilen 3. Klasse, um Einführung verlängerter D-Zugwagen 3. Klasse mit drei Aborten und um eine neue Form der Sitzbänke in Personenwagen. Alle diese Neuerungen sollen im Betriebe vorgeführt werden. In dem Versuchszuge wird zur Beobachtung des Laufes auch ein verlängerter D-Zugwagen, sowie ein D-Zugwagen mit eisernem Kastengerippe eingestellt werden.

**47 000 Mark für 1000 Liter Wein.** Wie außerordentlich der Pfälzer Mittel-Haardt-Wein geschätzt wird, geht unter anderem daraus hervor, daß in den letzten Tagen in Forst und Deidesheim einige Posten feinster Faschenweine aus dem Jahrgang 1900 verkauft wurden, die einen Fuderpreis (1000 Liter) von 47 000 Mark erzielten. Die Sorte, für die dieser große Preis erzielt wurde, ist eine Frucht des Forster Jesuitengartens.

**Die unterbrochene Goldgräberfahrt.** Auf dem Dampfer „Imperator", der gegenwärtig noch im Dock liegt, wurde ein junger Mann angehalten, der sich dort eingeschlichen hatte. Bei seinem Verhör entpuppte er sich als der Konditorlehrling Ganzenberg aus Lübeck, der seinem Lehrherrn entlaufen ist. Der Junge führte zwei Revolver und fünfhundert scharfe Patronen, zwei Gewehre mit Munition und eine Wäscheleine bei sich. Er gab bei seiner Vernehmung an, er hätte eigentlich Ostern ausgelernt, sein Meister habe aber gesagt, er sei zu dumm und müsse deshalb nachlernen. Er habe aber nie Kuchen backen, sondern nur Koks klopfen müssen, außerdem sei er ständig von dem Meister mißhandelt worden. Die beiden Revolver mit den Patronen habe er sich in Lübeck gekauft. Die Gewehre hat er auf dem Lübecker Güterbahnhof gestohlen. Die Waffen wollte er in Amerika zur Verteidigung brauchen, die Wäscheleine sollte ihm als Lasso zum Einfangen wilder Tiere dienen; denn er hatte fest beschlossen, als „blinder" Passagier nach Amerika zu fahren und dann nach Kalifornien zu gehen, um Gold zu graben. Da ihm aber die Abfahrt des Dampfers, der gegenwärtig noch im Dock liegt, zu lange währte, wollte er sich heimlich davonmachen, um einen anderen Dampfer aufzusuchen. Beim Verlassen des Dampfers wurde er ertappt.

**Der Gehorsam der Braut.** Auf dem Kongreß der anglikanischen Kirchen in Canterburn unter dem Vorsitz des Erzbischofs sollte die Frage besprochen werden, ob das Wort Gehorsam aus dem Gelübde der Braut bei der Trauung vor dem Altar ausgeschieden werden könne. Der Bischof von Lincoln hatte die Ausscheidung beantragt. Vor Eröffnung der Sitzung hat er jedoch, den Antrag zurückziehen zu dürfen. Er tue dies nicht, weil er seine Meinung geändert habe, sondern weil er sehe, daß sein Antrag bei der Haltung der übrigen Bischöfe und Geistlichen keine Aussicht auf Annahme habe. Der Erzbischof von Canterburn sprach dem Bischof von Lincoln seine Anerkennung zu diesem weisen Schritt aus. Die Versammlung genehmigte fast einstimmig die Zurückziehung des Antrages.

**Der Zwergspitz in der Oper. Das gab ein nicht geringes Erstaunen in der prächtigen Metropolitanoper in Newyork, als plötzlich, gerade als Caruso eine Arie mächtig hinausschmetterte, helles Hundegebell ertönte.** Aus einer Loge kam es, und der gewaltige Caruso mußte vor ihm schweigen. Schon erhob sich auch eine reizende junge Dame, die einen mächtigen Muff in der Hand hielt, und wollte die Loge verlassen, als plötzlich ein winziger Zwergspitz mit einem Satze aus dem Riesenmuff heraussprang und wütend losklässte. Das Haus wollte sich natürlich vor Lachen wälzen, und auch auf der Bühne nahm man an dem Humor teil. Erst als der kleine Spitz eingefangen und in Sicherheit gebracht worden war, konnte das Spiel weitergehen. Es braucht wohl nicht besonders betont zu werden, daß der Zwergspitz in die Oper hineingeschmuggelt war, denn auch in Amerika dürfen sich selbst Milliardärinnen derartiges nicht erlauben.

**St. Bureaukratius in Frankreich.** Der Heilige Bureaukratius herrscht auch in der französischen Militärverwaltung. Ein Soldat des 101. Infanterieregiments in St. Cyr, der jüngst in die Heimat entlassen wurde, erhielt dieser Tage die dringende Vorladung, sich sofort auf der Gendarmeriewache von Pont Labbé einzufinden. Er folgte natürlich dieser Aufforderung schleunigst, wie groß war aber sein Erstaunen, als man ihm dort den Betrag von — 5 Cent. einhändigte, die ihm bei seinem Ausscheiden aus der Kompagnie zu Unrecht einbehalten worden waren. Um die 5 Centimen hatte der junge Mann 4 Frank Unkosten.

**Die elektrische Rattenfalle.** Die gute alte Mär vom Rattenfänger von Hameln, der durch seiner Flöte Klang die Ratten angelockt, ist in Tacoma im amerikanischen Staate Washington ins Moderne übertragen worden. Dort hat man nämlich, um die Ratten, die besonders in den Schiffahrtsdocks zu einer wahren Landplage geworden waren, zu vertilgen, zu einer elektrischen Rattenfalle, die ebenso sinnreich wie einfach erdacht ist, seine Zuflucht genommen. Und da die Erfinder großmütig erklärt haben, daß sie von vornherein auf die Erwirkung eines Patentes verzichten wollten, um dieses nützliche Instrument nicht der Menschheit vorzuenthalten, so seien kurz die Grundzüge der elektrischen Rattenfalle mitgeteilt. Sie besteht aus einer Metallplatte von ungefähr 25 Zentimeter Durchmesser, auf der zwei kleine Pfeiler, zwischen denen die Lockspeise schwebt, angebracht sind. Die Platte wird freischwebend in geringer Höhe vom Fußboden angebracht. Die Ratte, die die Lockspeise gewittert hat, richtet sich auf den Hinterpfoten auf, legt die Vorderpfoten auf die Platte, dieses gerät in eine leichte Schwingung und dadurch wird augenblicklich ein elektrischer Strom von einer Stärke eingeschaltet, die zur Tötung der Ratte vollauf genügt. Die Erfolge sollen außerordentlich gute gewesen sein.

# Letzte Depeschen.

## Der Fürst von Albanien in Berlin.

**Berlin**, 25. Februar.

Der Fürst von Albanien traf heute nachmittag, von Waldenburg kommend, hier ein und ist im Hotel „Esplanade" abgestiegen. In seiner Begleitung befand sich Kapitän Armstrong. Der Fürst empfing gleich nach seiner Ankunft im Hotel den Besuch des russischen und des italienischen Botschafters. Später besuchte er das auswärtige Amt. Er gedenkt, heute abend weiterzureisen. Als Termin für die Abreise von Triest ist der 5 März festgesetzt.

**Bulgarische Sympathiekundgebungen für den Fürsten von Albanien.**

**Sofia**, 25. Februar.

Eine zweigliedrige Deputation wird sich demnächst nach Albanien begeben, um dem Fürsten von Albanien eine Huldigungsadresse und ein Geschenk der in Bulgarien lebenden Albanier zu überreichen und ihm gleichzeitig die aufrichtigen Gefühle des Bulgarenvolkes für Albanien zum Ausdruck zu bringen.

## Vorbereitungen zur III. Haager Friedenskonferenz.

**Haag**, 25. Februar.

Die Regierung der Vereinigten Staaten machte außer England auch den Niederlanden einen Vorschlag betreffend die Bildung eines internationalen Komitees zur Vorbereitung des Arbeitsprogramms der dritten Haager Friedenskonferenz.

**Ein deutscher Offizier auf einer Skitour verunglückt.**

**Chur**, 25. Februar.

Auf der Lenzer Heide verunglückte der Rittmeister a. D. Spitzner aus Frankfurt a. M., der in österreichischen Diensten gestanden hat, auf einer Skitour mit einer Dame am Piz Danis infolge Schneerutschens und war sofort tot. Die Unglücksstelle ist eine steile Halde, die sonst von Skifahrern gemieden wird.

**Der österreichisch-ungarische Gesandte für Albanien.**

**Wien**, 25. Februar.

Der österreichisch-ungarische Botschafter in Konstantinopel Dr. Loewenthal-Linau ist zum Gesandten am albanischen Hofe ernannt worden.

**Türkisch-bulgarische Post- und Telegraphenkonvention.**

**Sofia**, 25. Februar.

Der Direktor der Posten und Telegraphen Stojanowitsch reiste heute nach Konstantinopel ab, um eine türkisch-bulgarische Post- und Telegraphenkonvention abzuschließen.

## Vermischte Drahtnachrichten.

**Vier Kinder das Opfer eines Brandes.** Wie aus St. Gallen, 25. Februar, gemeldet wird, sind bei einem Brande in dem Dorfe Ernetwil vier Schulkinder ums Leben gekommen.

**Familiendrama.** Wie aus Berlin, 25. Febr., gemeldet wird, hatte der 43jährige Werkmeister Wadepohl gestern seinen beiden drei- und fünfjährigen Kindern Morphium eingegeben, so daß sie ins Krankenhaus überführt werden mußten. Als heute die Polizei in seine Wohnung eindrang, überraschte sie Wadepohl dabei, wie er sich und seine Frau töten wollte. Wadepohl wurde festgenommen. Er ist anscheinend geisteskrank.

Verantwortlich für den politischen Teil: Siegfried Dyck; für den örtlichen Teil, für Provinzialnachrichten, Gericht, Handel: Eugen Brinkmann; Feuilleton, Vermischtes usw.: Martin Feuchtwanger; für Ausland u. letzte Nachrichten: Dr. Karl Baer; für den Anzeigenteil: Albert Barth. Druck und Verlag von Otto Hendel. Sämtlich in Halle. — Zuschriften an die Redaktion, Berichte, Einsendungen usw. sind stets an die Redaktion der „Saale-Zeitung", nicht an die Adresse einzelner Redakteure zu richten.

— Diese Nummer umfaßt 8 Seiten — einschließlich Unterhaltungsblatt.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-19140226014/fragment/page=0004

**Bank für Handel und Industrie (Darmstädter Bank) Filiale Halle a. S.,**
Alte Promenade 3, gegenüber dem Stadttheater.
**Aktienkapital und Reserven: 192 Millionen Mark.**

# Handel, Gewerbe u. Verkehr.

## Berliner Börse.

(Telephonischer Bericht der „Saale-Ztg.“)

3 Uhr 10 Minuten. Kredit 206,37, Disconto 197,30, Deutsche Bank 259,50, Türkenlose 169, Lombarden 22,25, Canada 214,37, Laurahütte 163, Bochumer Guss 225,75, Gelsenkirchen 194,37, Harpener 188, Deutsch-Luxemburg 144,50, Phönix 243,87, A. E.-G. 249,50, Hamburger Paketfahrt 144,50, Nordd. Lloyd 127,25, Hansa 300,25. Tendenz: Ruhig.

Am Kassamarkt notierten höher: Köhlmann Stärke 2,50, Deutsche Gasglühlicht 12,50, Allgem. Omnibusges. 2, Gebhardt & König 2, Adler Fahrrad 2, Busch Waggon 3, Gothaer Waggon 4,75, Grevenbroich Maschinen 2, Hannoversche Waggon 2,50, Wissener Metall 3, Schwanebeck Zement 2, Dr. Paul Meyer 2,75, Feinejute-Spinnerei 3,50, Lindener Weberei 14,75, Milch & Co. 1, Caroline 2, Bismarckhütte 2, Concordia Bergbau 3, Thale St.-Pr. 2,25, Westeregeln 2,50, Langendreer 4,75, Daimler 2,25, Hamb.-Südamerik. 2,35, Breitenburg Zement 2, Vorwohler Zement 5, Wegelin & Hübner 2; niedriger: Bauverein Weissensee 20 Mk., Flöther Masch. 1, Hilgers 2, Stettiner Chamotte 10,25, Höchster Farben 5,50, Saline Salzungen 2,50, Stoewer 3,35, Fritz Schulz 10, Ilse Bergbau 5,50, Rauchwaren Walter 5, Felten & Guilleaume 2,50, Linke-Hofmann 2,25, Werschen-Weissenfels 2,25, Adler & Oppenheimer 2, Naphtha 2.

**Zum Kurszettel.** Berlin, 25. Februar. 4% Badische Staats-Anleihe 98,00 unk. 18 96,50 G. 4% Bayrische Staats-Anl. 96,90 G, 4% Bayrische Staats-Anleihe 08 unk. 1918 96,80 G. 4% Schwarzburg-Sondershausen — —. 3½% Württemb. Staats-Anleihe 81-83 95,00 B. 3% Kameruner Eisenbahn-Anleihe — — 3½% Deutsch-Ostafrikanische Schuldverschr. gar. 90,00 b. 4% Cottbuser Stadt-Anleihe 1900 96,70 G. 4% Darmstädt. Stadt-Anl. 1909 unk. 15 — —, 3½% Dessauer Stadt-Anleihe 1896 — —. 4% Düsseldorfer Stadt-Anleihe 1900, 07, 08, 09 95,60 B. 4% Jenaer Stadt-Anl. 1900 — —, 3½% Jenaer Stadt-Anl. 1902 — —. 4% Nordhäuser Stadt-Anleihe 1909 unkv. 1919 — —. 4% Quedlinburger Stadt-Anleihe 1903 unk. 1918 — —. 4% Thorner Stadt-Anl. 1900, 03, 09 94,80 G. 4 proz. Hessische Komm.-Obl. X-XII 96,90 G. 3½% Oesterreichische Nordwestbahn-Obligationen 1874 konv. — —. 4½% Deutsche Solvay-Werke — —. 4½% Elberfelder Farben unk. 1917 102,00 B. Felten & Guilleaume-Lahmeyer 06, 08 98,60 b. Vereinigte Lausitzer Glashütten 385,50 bG.

**Londoner Börse** vom 25. Febr. Es notierten: Engl. Konsols 75 9/16. Rio Tinto 76,31, Geduld 1,28, Goldfields 2 13/16, Steel com 67,37, Steel preis. —.—, Rand Mines 2,50, Anaconda 7,37, Eastrand 2,12, Chartered 1,06, Aurora West 0,46, Cinderella Cons. 0,51, Johannesburg Goldfields 0,12, Van Ryn 3,60, Albus (General) 0,59, Rand Collieries 0,18, West Rand Consols 0,90, General Mining & Fin 19/16. A. Görz & Co. 0,60, Modderfontain 12,12.

## Der Kali-Kuxenmarkt.

Berlin, den 25. Februar.

| | Käuf. | Verk. | | Käuf. | Verk. |
|---|---|---|---|---|---|
| Alexandershall | 9200 | 9400 | Johannashall | 3200 | 3300 |
| Bergmannssegen | 6050 | 6200 | Justus-Aktien | 84% | 86% |
| Burbach | 11200 | 11500 | Kaiseroda | 6600 | 6800 |
| Buttlar | 525 | 600 | Krügershall | 115% | 117% |
| Carlshall | — | — | Marienglück | 1500 | 1550 |
| Carlsglück | 800 | 850 | Max | 3600 | 3800 |
| Fallersleben | 1500 | 1600 | Neusollstedt | 3400 | 3500 |
| Felsenfest | 3200 | 3300 | Neustassfurt | 11000 | 11100 |
| Glückauf | 19000 | 19500 | Reichenhall | 1600 | 1650 |
| Günthershall | 4850 | 5000 | Ransbach | 2250 | 2350 |
| Hansa-Silberberg | 5300 | 5400 | Ronnenberg | 94% | 96% |
| Hedwig | 1600 | 1650 | Rothenberg | 2500 | 2600 |
| Heiligemühle | 750 | 800 | Salzdetfurth | 336% | 340% |
| Heiligenroda | 9950 | 10500 | Salzmünde | 5400 | 5475 |
| Heldburg | 37% | 39% | Teutonia | 57% | 59% |
| Heldrungen | 1000 | 1100 | Thüringen | 3450 | 3550 |
| Herta-Neurungen | 2300 | 2500 | Walter | 1625 | 1700 |
| Hohenfels | 4800 | 4900 | Wendland | 900 | 1000 |
| Hohenzollern | 6350 | 6550 | Wilhelmshall | 8450 | 8550 |
| Hugo | 8950 | 9100 | Wintershall | 17300 | 19000 |
| Hüpstedt | 2800 | 2900 | | | |

**Hallische Maschinenfabrik und Eisengiesserei A.-G. in Halle a. S.**

Aus dem Geschäftsbericht entnehmen wir folgendes:

Das Jahr 1913, das zweiundvierzigste Geschäftsjahr unserer Gesellschaft, umfasst eine Zeit allgemeinen Rückgangs unserer Industrie. Die Ungunst der Verhältnisse ist auch bei uns insofern zum Ausdruck gekommen, als die Verkaufspreise unter dem Druck der arbeitsuchenden Konkurrenz nachgeben mussten, und wir ausserdem an unseren durchweg mündelsicheren Wertpapieren wieder grössere Kursverluste, und zwar in Höhe von 22 546,60 Mark, erlitten haben. Trotzdem ist das Ergebnis als ein befriedigendes zu bezeichnen, weil es uns gelang, unsere Werkstätten bei mässig herabgesetzter Arbeiterzahl genügend zu beschäftigen.

Das Gesamtresultat weist einschliesslich der Einnahme von 134 667,64 Mk. auf Zinsenkonto einen Reingewinn von 607 974,62 Mark auf, der uns gestattet, die Verteilung einer Dividende von 28 Proz. in Vorschlag zu bringen.

Das Grundstück- und Gebäudekonto hat einen Zugang erfahren durch Vergrösserung und Verbesserung unseres Verwaltungsgebäudes, das den Anforderungen nicht mehr genügte und einen durchgreifenden Umbau nötig gemacht hat. Unsere Geschäftsräume sind jetzt so gestaltet, dass sie auf Jahre hinaus ausreichen. Die Kosten der Zugänge auf Maschinen-, Werkzeug- und Werkstatt-Utensilien-Konto und auf Modelle-Konto werden durch die Abschreibungen wieder ausgeglichen, so dass diese Konten in ungeändert gleicher Höhe erscheinen wie vor Jahresfrist. Die Abschreibungen sind nach den bisherigen Sätzen bemessen und die Bestände an Materialien, fertigen und halbfertigen Waren nach unseren alten Gepflogenheiten unter Beobachtung grösster Vorsicht bewertet. Die vorhandenen Wechsel werden in wenigen Wochen fällig.

Den Arbeiter-Unterstützungsfonds in Höhe von 10 000 Mk. haben wir dem Fonds für Alters- und Invalidenversicherung der Beamten und Arbeiter, der unter den Kreditoren geführt wird, einverleibt, so dass er auf dem Bilanzkonto nicht mehr gesondert erscheint.

Die Geschäftsunkosten sind ca. 20 000 Mark höher gewesen als im Vorjahre; es ist dies eine Folge grösserer Ausgaben für Steuern, Gehälter und der Beiträge zur staatlichen Angestellten-Versicherung.

Der Verlauf des neuen Geschäftsjahres lässt sich noch nicht überschen. Der Auftragsbestand, den wir in das neue Jahr mit hinübergenommen haben, steht dem vor Jahresfrist vorhandenen nicht nach und bietet für die nächsten Monate hinreichende Beschäftigung. Hoffentlich gelingt es, darüber hinaus so viel Arbeit zu finden, wie wir für den vollen Werkstattbetrieb brauchen.

Kaligewerkschaft Wilhelmshall. Die Gewerkschaft erzielte im vierten Quartal 1913 einen Gewin von 212 786 (i. V. 271 823) Mk. und im ganzen Jahre 1913 einen solchen von 813 387 (838 377) Mk. Nachdem der Umbau von Wilhelmshall nunmehr vollendet und der Lingelstedter Schacht bis auf die Vorrichtungen fast ausgebaut ist, steht für 1914, wie der Grubenvorstand mitteilt, ein günstigeres Resultat zu erwarten.

Aus der Drahtindustrie. Zu der geplanten Interessengemeinschaft der bekannten Fündergruppe der grossen Stahlwerke mit den Drahtvereinigungswerken hört man, dass in den bisher gepflogenen Verhandlungen bereits wieder 20 Draht- und Drahtstiftfabriken ihre prinzipielle Geneigtheit zur Interessengemeinschaft bekundet haben. Es schweben aber noch Verhandlungen, um weitere Verfeinerungswerke heranzuziehen. Am Freitag findet eine Sitzung in Köln statt, in der die Interessengemeinschaft den Mitgliedern des Walzdrahtverbandes zur Genehmigung unterbreitet werden wird. Nach unserer Erkundigungen ist anzunehmen, dass auch die dieser Interessengemeinschaft fernstehenden Verbandsmitglieder keine prinzipiellen Bedenken dagegen haben, besonders weil nach Durchführung dieses Planes die Zusammenschlussbestrebungen in der Drahtstiftindustrie erst Aussicht auf Erfolg haben.

**Deutsche Continental-Gasgesellschaft in Desau.** In der Sitzung des Aufsichtsrates wurde beschlossen, bei erhöhten Rückstellungen (i. V. 1 250 000 Mk. für den Erneuerungsfonds) für 1913 eine Dividende von 11 Proz. wie i. V., die Erhöhung des Grundkapitals um 4,2 Mill. Mk. auf 28,2 Mill. Mk., sowie die Ausgabe von 6 Mill. Mk. Obligationen vorzuschlagen.

**Die Anhalt-Dessauische Landesbank** schlägt für 1913 eine Dividende von wiederum 6½ Proz. wie in den letzten sieben Jahren vor.

**Vom Rheinisch-Westfälischen Zementverband.** Die zwischen der Verwaltung des Zementwerkes Burania und den Delegierten des Zementverbandes geführten Verhandlungen haben den definitiven Beitritt der Burania zum Zementverband zur Folge gehabt. Mit der Zementfabrik Viktoria Luise sind die Verhandlungen so weit fortgeschritten, dass auch hier der Beitritt unmittelbar bevorsteht. Dagegen bestehen mit den Zementfabriken Deutschland und Teutonia die Schwierigkeiten noch fort. Der Verkauf ist noch immer gesperrt, abgesehen bei Submissionen, zu denen aber kein Kampfpreis aufgestellt wird.

**Fündig geworden.** Auf dem neuen Teufschacht der Gewerkschaft Ludwig II bei Stassfurt sind die ersten Salzlager angefahren worden.

Lugauer Kammgarnspinnerei, Akt.-Ges. Nach dem Geschäftsbericht erbrachte das Fabrikationskonto 149 727 (i. V. 201 137) Mk. Nach Abschreibungen in Höhe von 38 512 (57 757) Mk. verbleiben einschliesslich Vortrag 112 868 (143 001) Mk. Reingewinn, woraus wieder 8 Proz. Dividende verteilt werden sollen. Ueber die Aussichten äussert sich die Verwaltung: Der gegenwärtige Auftragsbestand bietet Beschäftigung für zirka vier Monate. Zu einer befriedigenden Weiterentwicklung der Kammgarnbranche sei jedoch eine durchgreifende Besserung der allgemeinen Geschäftslage sowohl im Inland als auch auf dem Weltmarkt notwendig.

## Waren und Produkte.

### Getreide.

Berliner Produktenbörse, 25. Februar. Am Frühmarkt notieren Weizen inländ. 128,00—132,00 ab Bahn u. frei Mühle, Roggen loco 153,00 — — ab Bahn u. frei Mühle. Hafer, märkischer, mecklenburgischer pomm., preussischer, posenscher und schlesischer fein 167—182, mittel 153—166, gering — — — russisch, und Donau mittel — — —, gering — — — ab Bahn und frei Wagen. Mais, amerik. mix. 169,00—172,00, abfall. mix. — — — —, runder 146—149 frei Wagen. Gerste, inländ Futtergerste, mittel und geringe 142—145, gute 147,00—156,00, russische und Donau leichte 133—135, schwere 136,00—142,00 ab Bahn und frei Wagen. Erbsen, inländische u. ausländische Futterware mittel 160—168, Tauberbsen 169—192 ab Bahn u. frei Wagen. Weizenmehl 00 22,00—27,25. Roggenmehl 0 und 1 18,80—21,20. Weizenkleie 10,80—11,30. Roggenkleie 10,00—10,50. Lupinen, blaue — — —, gelbe — — —. Wicken — — —. Serradella 11 — M.

Hamburg, 25. Februar. (Getreidemarkt). Weizen stetig ostholsteiner und mecklenburger 187—195,00. Roggen ruhig mecklenbrg. u. altmärk. neuer 154—157,50, russ. cif. 9 Pud 10/15 Dez.-Jan. 115,50. Gerste stetig, südruss. cif. Jan. 110,00. Hafer ruhig, neuer holsteiner und mecklenburger 155—162. Mais, stetig, amerikanisch. mixed cif. per Jan.-April —, La Plata cif, neue Ernte April-Mai 104,50.

Budapest, 25. Februar. Weizen, Tendenz schwach, per April 12,21 Mai 12,05, Oktbr. 10,98. Roggen, Tendenz schwach, per April 9,27, Oktbr. 8,59. Hafer, Tendenz ruhig, per April 7,66, Oktbr. 7,69. Mais, Tendenz schwach, per Mai 6 70, Juli 6,84, Raps, Tendenz träge, August 15,65.

Liverpool, 25. Febr. Ruhig. Roter Winterweizen per März 7—4½, per Mai 7—4¼. Mais ruhig, La Plata, alte Ernte, März 4—1⅜, bunter amerik., neue Ernte, Juli 4—7¾.

Antwerpen, 25. Febr. Deutscher La Platazug. Kontrakti per Februar —.—, März 6,43, April 6,40, Mai 6,37½, Juni 6,37½. Umsatz 149 000 kg. Tendenz: stetig.

### Zucker.

Magdeburg, 25. Februar. Abend-Kurse. Februar 9,32½, März 9,30, April 9,37½, Mai 9,45, August 9,67½, Oktbr.-Dezbr. 9,60. Tendenz schwächer.

Hamburg, 25. Februar. Rübenrohzucker, 1. Prod., Basis 88% Rendement neue Usance, frei an Bord Hamburg

| | vorm. | nachm. | abends |
|---|---|---|---|
| per Februar | 9,32½ | 9,35 | 9,32½ M. |
| „ März | 9,35 | 9,32½ | 9,30 „ |
| „ April | 9,37½ | 9,37½ | 9,35 „ |
| „ Mai | 9,50 | 9,47½ | 9,45 „ |
| „ August | 9,72½ | 9,70 | 9,67½ „ |
| „ Okt.-Dez. | 9,62½ | 9,62½ | 9,62½ „ |
| | ruhig | ruhiger | matt |

### Kaffee.

Hamburg, 25. Februar. Godo average Santos

| | vorm. | nachmittags | abends |
|---|---|---|---|
| per März | 48,25 G. | 47,75 G. | 47,75 G. |
| „ Mai | 49,00 G. | 48,25 G. | 48,50 G. |
| „ September | 50,00 G. | 49,75 G. | 49,75 G. |
| „ Dezember | 50,50 G. | 50,25 G. | 50,25 G. |
| | kaum stetig, schleppend behpt. | | behpt. |

Havre, 25. Februar. Kaffee good average Santos per März 59,25, per Mai 59,25, per Sept. 61,25, Dez. 61,75. Stetig.

### Kartoffelmehl und Stärke.

Magdeburg, 25. Februar. Prima Kartoffelstärke und Mehl für 100 kg 18,50—19,00. Still.

### Fettwaren und Oele.

Originalbericht von Gebr. Gause.

Berlin, den 25. Februar 1914.

Butter: Die bessere Stimmung des Marktes hält an, und liessen sich die frischen Eingänge feinster Butter zu unveränderten Preisen räumen. Die Forderungen für feinste russische Butter sind etwas ermässigt. Die heutigen Notierungen sind: Hof- und Genossenschaftsbutter Ia Qual. 125—126—128 Mk., do. Ia Qual. 121—125 Mk. — Schmalz: Die amerikanischen Börsen verliefen bei überwiegender Verkaufstimmung in matter Haltung, dagegen machte sich für Locoware bessere Tendenz bemerkbar, auch die Konsumnachfrage war etwas lebhafter. Die heutigen Notierungen sind: Choice Western Steam 61,25—62,25 Mk., amerik. Tafelschmalz, Borussia 63 Mk., Berliner Stadtschmalz Krone 62,50 bis 68 Mk., Berliner Bratenschmalz Kornblume 63,50—68 Mk. — Speck: Unverändert.

Köln, 24. Februar. Rüböl per loko 70,00, per Mai 69,00.

Hamburg, 25. Febr. Stadtschmalz 63,50, amerikan. Steam 53,00, Chamberlain 54,50. Tendenz stetig.

### Spiritus.

Nordhausen, 25. Febr. Branntwein 35 Vol. Proz. für 100 kg (104—105 l) 81,75—82,75 M., do. 40 Vol. Proz. für 100 kg (105 bis 106 l) 92,50—93,75 M. per loko 12 19 ohne Fass ab Brennerei.

### Heu, Stroh usw.

Halle 25. Febr. (Bericht über Heu und Stroh, mitgeteilt von Otto Westphal). Preise für 50 kg, und zwar bei Partien frei Bahn, bei einzelnen Fuhren frei Hof hier. Die Partienpreise sind fett, die Fuhrenpreise sind in Klammern gesetzt. Roggen-Langstroh (Handdr.) 2,50 (2,75). Maschinenstroh für Papierfabr. 1,10, Weizenstroh 1,05 zu Streuzwecken 1,50 (1,65), Breitdrusch 1,75 — —, Wiesenheu, hiesiges oder Thüringer, beste Sorten 4,00 (4,25), gute fremde Sorten 3,50 (3,90—4,00). Kleeheu, erster Schnitt, beste Sorten 4,25 (4,75), minderwertige Sorten —,—. Torfstreu, in 200 Ztr.-Lad. frei Bahn hier 1,10, in einzelnen Ballen vom Lager hier 1,65. Häcksel, gesund u. trocken bei Partien frei Bahn hier 1,60, im einzelnen v. Lager hier 2,00 M.

### Berliner Viehmarkt.

Berlin, 25. Febr. Städt. Schlachtviehmarkt. (Amtl. Bericht Es standen zum Verkauf: 160 Rinder (62 Bullen, 32 Ochsen, 66 Kühe u. Färsen) 1938 Kälber, 595 Schafe, 17773 Schweine. Kälber: a) Doppelender feiner Mast 100—106 (143—151), b) feinst Mast- (Voll-Mast) u. beste Saugkälber 67—69 (112—115), c) mittlere Mast- und gute Saugkälber 60—65 (102—108), d) geringe Saugkälber 42—52 (76—85). Schafe: Mastlämmer u. jüngere Masthammel — — (— —), ältere Masthammel — — (— —), mässig genährte Hammel und Schafe (Merzschafe) — — (— bis —). Schweine: a) Fettschweine über 3 Ztr. — — (— —), b) vollfleischige der feineren Rassen und deren Kreuzungen bis 3 Ztr. 48—50 (60—62), c) vollfleischige der feineren Rassen u. deren Kreuzungen bis 2½ Ztr. 47—49 (59—61), d) fleischige Schweine 46—48 (57—60), e) gering entwickelte Schweine 45—46 (56—57), f) Sauen 46 — (57—58).

Marktverlauf: Vom Rinderauftrieb blieb nichts übrig. Der Kälberhandel gestaltete sich ziemlich glatt. Bei den Schafen wurde ausverkauft. Der Schweinemarkt verlief ruhig.

### Chemische Produkte.

Hamburg, 25. Febr. Chilisalpeter per loko 10,57½, Febr.-März 10,32½, frei Fahrzeug Hamburg. Tendenz: fest.

### Wolle.

Bremen, 25. Februar. Baumwolle Upl. loko middl. 64,00.

Liverpool, 25. Febr. Aegypt. Baumwolle per März 3,98.

Liverpool, 25. Februar. Baumwolle, Umsatz 7000 Ballen, Import — — Ballen, davon amerik. Lieferg. — — Ballen.

Alexandria, 25. Februar. Aegyptische Baumwolle per März 17,21, Mai 17,27, Novbr. 18,03.

### Metalle.

London, 25. Febr. Chili-Kupfer, schwach, 64¼, 3 Mon. 64¾. Zinn, Straits, flau 173¼, 3 Mon. 175½. Blei span., fest 19 3/16, engl. 19 7/8. Zink, gew. Marke, stetig 21½, spez. Marke 22¼.

## Amerikanische Warenmärkte.

### Kabelmeldung via Azoren-Emden.

| New York: | 25. 2. | 24. 2. | | 25. 2. | 24. 2. |
|---|---|---|---|---|---|
| Weizen p. Mai | 103⅛ | 103 | Roggen loko | 63 | — |
| „ „ Juli | 97½ | 97⅜ | Schmalz p. Mai | 10.77 | 10.72 |
| Mais loko | 70⅜ | 69⅞ | „ „ Juli | 10.96 | 10.92 |
| Mehl Spring cl. | 3.95 | 3.90 | **New York** | | |
| **Chicago.** | | | Petroleum in Cases | 11.25 | 11.25 |
| Weizen p. Mai | 94¾ | 94⅝ | do. in Stand. Withe | 8.75 | 8.75 |
| „ „ Juli | 89⅛ | 89⅛ | do. in Cred. Balanc. | 200 | 200 |
| Mais p. Mai | 67¼ | 66½ | Kaffee loko | 9¼ | 9¼ |
| „ „ Juli | 66½ | 66 | „ p. Februar | 8.75 | 8.75 |
| Hafer p. Mai | 40⅜ | 40⅛ | „ p. April | 8.82 | 8.85 |
| „ „ Juli | 40⅜ | 40⅛ | | | |

Tendenz: Weizen stetig. Mais fest.

## Schiffsnachrichten

Norddeutscher Lloyd in Bremen.
(Bureau in Halle: L. Schönlicht, Bankgeschäft, Poststrasse.)

Neueste Dampferbewegungen:

Barbarossa 21. Febr. in New York. Scharnhorst 23. Febr. Lizard pass. Main 22. Febr. in Philadelphia. Olivant 21. Febr. von Cienfuegos. Brandenburg 21. Febr. Lizard passiert. Chemnitz 21. Febr. von Baltimore. Durendart 21. Febr. in Rio de Janeiro. Erlangen 20. Febr. in Bahia. Aachen 20. Febr. von Funchal. Würzburg 23. Febr. in Antwerpen. Giessen 22. Febr. von Boulogne. Roon 21. Febr. von Algier. Ganelon 20. Febr. in Antwerpen. Kleist 22. Febr. in Shanghai. Prinz Eitel Friedrich 21. Febr. in Colombo. Yorck 20. Febr. von Neapel. Gernis 21. Febr. in Suez. Kronprinzessin Cecilie 21. Febr. von New York. Köln 20. Febr. von New Orleans. Crefeld 20. Febr. von Funchal. Altair 22. Febr. von Pernambuco. Sierra Nevada 21. Febr. von Funchal. Coburg 22. Febr. von Rio de Janeiro. Franken 19. Febr. von Montevideo. Seydlitz 22. Febr. von Port Said. Schwaben 22. Febr. in Bremerhaven. Ulrich 21. Febr. von Port Said. Rheinland 21. Febr. von Adelaide. Lützow 20. Febr. von Algier. Goeben 22. Febr. in Singapore. Mark 22. Febr. von Yokohama. Derfflinger 22. Febr. in Kobe. Prinz Ludwig 22. Febr. von Aden. Prinz Waldemar 21. Febr. von Hongkong. Manila 23. Febr. von Ermalalaien. Berlin 21. Febr. von Messina. Grosser Kurfürst 21. Febr. in Kingston. Prinz Heinrich 23. Febr. in Marseille. Prinzregent Luitpold 23. Febr. in Alexandrien. Schleswig 21. Febr. von Alexandrien.

## Wasserstände.

(+ bedeutet über, — unter Null.)

| Saale und Unstrut. | | | | | | Fall | Wuchs |
|---|---|---|---|---|---|---|---|
| Artern | 24. Febr. | +1,52 | | 25. Febr. | +1,58 | — | 6 |
| Nebra, Oberpegel | „ | +2,30 | | „ | +2,34 | — | 4 |
| „ Unterpegel | „ | +1,82 | | „ | +1,88 | — | 6 |
| Weissenfels, Oberpegel | „ | +2,84 | | „ | +2,84 | — | — |
| „ Unterpegel | „ | +1,88 | | „ | +1,86 | 2 | — |
| Trotha | 24. | +3,42 | | 25. | +3,44 | — | 2 |
| Alsleben, Oberpegel | 23. | +2,89 | | 24. | +2,88 | 1 | — |
| „ Unterpegel | „ | +3,11 | | „ | +3,06 | 5 | — |
| Bernburg | „ | +2,72 | | „ | +2,68 | 4 | — |
| Calbe, Oberpegel | „ | +2,16 | | „ | +2,12 | 4 | — |
| „ Unterpegel | „ | +2,54 | | „ | +2,52 | 2 | — |

| Elbe, Eger, Elbe, Moldau. | Februar | Fall | Wuchs | | Februar | Fall | Wuchs |
|---|---|---|---|---|---|---|---|
| Jungbunzel. | 24. +0,50 | — | 30 | Wittenberg | 25. +3,02 | — | 25 |
| Laun | „ +1,98 | — | 14 | Rosslau | „ +2,38 | — | 17 |
| Budweis | „ +0,05 | — | 1 | Barby | „ +3,08 | — | 18 |
| Prag | 25. +1,32 | — | — | Schönebeck | „ +2,69 | — | 20 |
| Pardubitz | 24. +0,12 | — | 47 | Magdeburg | „ +2,31 | — | 23 |
| Brandeis | „ +1,35 | — | 2 | Tangermde. | „ +3,06 | — | 14 |
| Melnik | „ +1,00 | — | 21 | Wittenberge | „ +2,49 | — | 13 |
| Leitmeritz | 25. +1,20 | 82 | — | Dömitz | 24. +1,70 | — | 7 |
| Aussig | „ +1,56 | 5 | — | Bolzenburg | „ +1,48 | 1 | — |
| Dresden | „ +0,66 | — | 58 | Hohnstorf | 25. +1,74 | — | 10 |
| Torgau | „ +2,20 | — | 80 | Lenenburg | „ +1,74 | — | 10 |

Aussig, 24. Februar. Pegelstand +1,58 m. Vom Oberlauf werden 0,16 m Wuchs gemeldet.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-19140226014/fragment/page=0005

# Berliner Börse, 25. Febr. 1914

Die Zahlen in Kursblättern gibt die Zinstermine an. Es bedeuten: 1. Jan., 1. Apr., 1. Jul., 1. Okt. 2. 4. 7. 10. 3. 5. 8. 11. 4. 6. 9. 12. 5. 7. 10. 1. 6. 8. 11. 6. 8. 11. 2. 5. 8. 11. 3. 6. 9. 12. 4. 7. 10. 1. 4. 7. 10. 1. 4. 7. 10. 1